



Standpunkte

6./7.2021



Ernährungswende in München

Abbildungen Cover

links: urbane Gärten München sind vielfältig © Caroline Klotz
rechts oben: Wochenmarkt Magaretenplatz © Friedrich Grössing
rechts unten: Erdbeerfeld bei München © Usien, Wikimedia

GEORG KRONAWITTER Mister Maxvorstadt zum Achtzigsten	40
KLAUS BÄUMLER Die Institution des Naturschutzbeirats in seiner 10. Amtsperiode	41
KLAUS BÄUMLER Stärkung der Mitwirkung der Naturschutzbeiräte in umweltbezogenen Entscheidungsverfahren	43
KLAUS BÄUMLER Uhrmacherhäusl in Giesing: Etappensieg	44
Buchvorstellung: Corona und die Städte	45

Arbeitskreise im Juli
Forum aktuell auf LORA 92,4
Impressum

Standpunkte

Online-Magazin

6./7.2021

**MÜNCHNER
FORUM**
Diskussionsforum für
Entwicklungsfragen e.V.



FOTO © UREIN7, WIKIMEDIA



Liebe Leserin, lieber Leser,
der Klimawandel wird, auch wenn ein Virus das Aufmerksamkeitsfenster derzeit verstellt, die wichtigste zivilisatorische Herausforderung dieser Zeit und der nächsten Generationen sein. Dass die Münchner Stadtpolitik die Klimaneutralität als Ziel benennt und mit Datum versieht, ist ehrenvoll, bleibt aber proklamatorisch, wenn nicht wirklich alle Lebensbereiche unter die Lupe genommen werden, welche klimaschützenden und klimaschonenden Beiträge sie leisten können: Bauen und Wohnen, Arbeiten und Leben, Ernähren und Versorgen und die alles verbindende Mobilität. Allein die Ernährungsweise einer 1,5 Millionen-Metropole hinterlässt einen besonders großen ökologischen Fußabdruck; die Nahrungsmittelherstellung, die Transportwege und die Distributionsbedingungen sind Prüffelder für eine „Ernährungswende“, die – wenn sie gelingen soll – eng verzahnt sein muss mit ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen und nachgelagerten Bereichen. Unser Themenheft zur „Ernährungswende in München“ stellt eine Reihe von Ansatzpunkten und Bausteine vor, die zeigen, wie bereits an der Ernährungswende erfolgreich gearbeitet wird, versucht aber zugleich auch eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie schwierig es ist, auf diesem Gebiet einen Systemwandel einzuleiten, wenn dies auf starre ökonomische Strukturen und soziale Gewohnheiten trifft – und wie diese Hürden überwunden werden können. Wir befassen uns ferner in mehreren Beiträgen mit dem Paketpost-Areal und der damit verknüpften Hochhausdebatte, greifen das Bahn-Thema nochmal auf (s. STANDPUNKTE 4./5.2021) und widmen dem Thema ‚Natur(schutz) in der Stadt‘ zwei Beiträge: Die Flächenkategorie ‚Naturerfahrungsraum‘ soll ins BauBG aufgenommen werden, und Umweltbeiräte (wie etwa die Naturschutzbeiräte) sollen nach Vorschlag der Verwaltungsrichter-Vereinigung einen deutlich größeren Stellenwert in Planungs- und Gerichtsverfahren erhalten. Ferner wird auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes in Sachen Uhrmacherhäusl hingewiesen. Dieser hat die Berufung der LH-München gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts München wegen ernstlicher Zweifel an der Richtigkeit dieser Entscheidung zugelassen – ein Etappensieg für den Denkmalschutz.

Detlev Sträter, 1. Vorsitzender des Programmausschusses

Ernährungswende in München

MICHAEL BÖHM Stadt braucht Land: Woher kommen Lebensmittel für 1,5 Mio. Menschen?	4
BAUCHPLAN).(Die Saat geht auf	7
ASTRID ENGEL, KRISTIN MAYR, SILKE BRUGGER Münchens Rolle bei der Ernährungsversorgung	10
ALFONS BAUSCHMID, VERONIKA FELBER-JANSEN Die Stadtgüter München	12
SILVIA GONZALEZ Essbares München	15
WOLFGANG HEIDENREICH Aufs Dach steigen – aber natürlich!	17
NIKOLAUS TEIXEIRA, ELLA VON DER HAIDE, FLORENTINE SCHIEMENZ Die Ernährungswende geht durch Münchens Bauch	20
Infokasten: Urban Gardening, FoodHub, Kartoffel Kombinat	24
DANIELA SCHMID Ein Plan für die Ernährungswende	25
INTERVIEW MIT SIGGI, DEM WALDGÄRTNER Wir brauchen ganz andere Konzepte – und wir brauchen Flächen!	27
<hr/>	
INTERVIEW MIT DIERK BRANDT UND GABRIELE HELLER „Über den Standort Paketpost-Areal neu nachdenken!“	28
HELMUT STEYRER Mir reicht's mit den Büschl-Türmen!	32
MARTIN FÜRSTENBERG, ULLA AMMERMANN Münchner Forum begleitet Bürgergutachten zum Paketpost-Areal	33
Antrag: Fraktion Die Linke – „Kommunale Bauordnung“	34
Leserbrief	35
WOLFGANG HESSE Deutschlandtakt – eine gute Bahn-Initiative auf Abwegen	35
HANS-JOACHIM SCHEMEL Naturerfahrungsraum: Mehr Natur für Münchner Kinder	37

weiter siehe Seite 2

Stadt braucht Land:

Woher kommen Lebensmittel für 1,5 Mio. Menschen?

MICHAEL BÖHM

Immer mehr Kommunen und Städte stellen sich die Frage, ob die im Umland erzeugten Nahrungsmittel für die Versorgung der städtischen Bevölkerung ausreichen und vor allem, wie man diese möglichst effizient zu den Konsumierenden bringt. Insbesondere Großstädte wie München stehen hier vor großen Herausforderungen. Nur die wenigsten haben jedoch bisher ernsthafte Anstrengungen unternommen, einen ersten wichtigen Schritt zu tun: das Angebotspotential des Umlands zu charakterisieren. Im Gegensatz zu anderen Städten ist die Landeshauptstadt München in dieser Hinsicht leider kein Vorreiter: Hamburg, Köln, Berlin, Freiburg, Leutkirch und viele andere Städte geben Studien in Auftrag, um herauszufinden, welche Produkte in welchen Qualitäten und Mengen erzeugt werden und wie diese auf den Tellern landen.

Die Bewegung der Ernährungsrate trägt hier bundesweit wesentlich zur Sensibilisierung der Stadtpolitik und der Verwaltung bei. Dabei rückt nicht zuletzt seit der FridaysForFuture-Bewegung ein Argument zusehends ins Zentrum dieser Sensibilisierungsarbeit: die Sektoren „Ernährung und Landwirtschaft“ werden für mindestens ein Viertel des bundesweiten Ausstoßes an Treibhausgasen [1] verantwortlich gemacht. Angesichts dieses hohen Anteils ist es verwunderlich, dass dieser Sektor

bisher noch nicht Bestandteil des Münchner Klimaschutzplanes ist (Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München/ IHKM [2]).

Hierfür gibt es zwei Erklärungen. Erstens gehört die Bereitstellung von (möglichst gesunden) Nahrungsmitteln nicht zu den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie dies beim wichtigsten Nahrungsmittel, unserem Wasser, der Fall ist (siehe Abbildung 1 SWM). So bleibt meist nur der Ansatzpunkt über die Vergabe von Verpflegungsleistungen



Abb. 1: Wird so die Ausgabe 2/2027 der Stadtwerke München aussehen (links)? Basis für dieses vom Autor veränderte Titelbild ist die Ausgabe 2/2017 (rechts), in der Münchens Vorreiterrolle in Sachen Trinkwasserschutz thematisiert wird.

Der Münchner "Foodprint"



Rein rechnerisch beansprucht die Bevölkerung Münchens die kompletten Landwirtschaftsflächen in 10 umliegenden Landkreisen (farbig, auf Basis aktueller Konsumgewohnheiten, ohne Berücksichtigung von Ernte- oder Verarbeitungsverlusten)

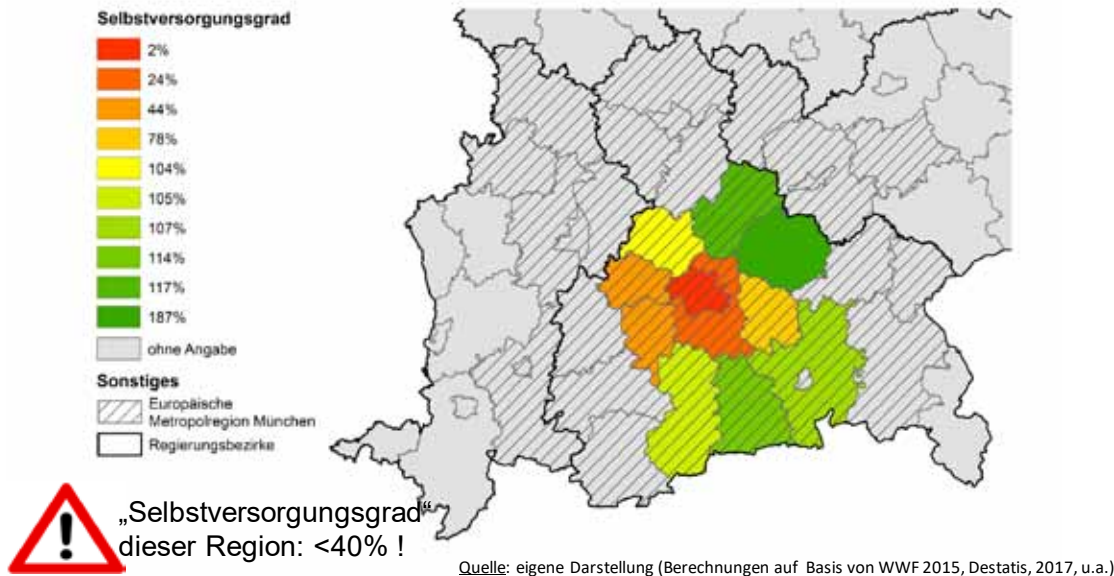


Abb. 2: Selbstversorgungsgrade in München und umgebenden Landkreisen

in Einrichtungen der öffentlichen Hand. Und hier kann die „Biostadt München“ tatsächlich Erfolge verbuchen, obgleich auch hier noch genügend Luft nach oben bleibt.

Eine zweite Erklärung ist der eingeschränkte geographische Wirkungskreis von Städten, sowohl aus planerischem als auch förderrechtlichem Blickwinkel. Zugespißt formuliert: Stadtplanung endet an den Stadtgrenzen! Und hier liegt einer der neuralgischen Punkte, von dem schlussendlich der Erfolg der Ernährungswende abhängen wird. Ohne Ernährungswende keine Agrarwende. Die agrarisch genutzten Flächen liegen jedoch im Umland, nicht in der Stadt. Innerhalb der Stadtgrenzen Münchens stehen lediglich 4.500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche zur Verfügung, gerade mal so viel, um die Bevölkerung Münchens ausschließlich mit Kartoffeln zu versorgen [3].

Im Falle Münchens mit 1,5 Millionen Einwohnern ist der Flächenbedarf also sehr hoch. Erste Berechnungen ergeben eine Gebietskulisse, die in etwa der Fläche der Europäischen Metropolregion (EMM) entspricht, also ganz Oberbayern sowie große Teile Schwabens und Niederbayerns (siehe Abbildung 2). So gesehen ist es also höchste Zeit, dass die Versor-

gung von Städten mit Lebensmitteln im Einklang mit der Landespolitik steht.

Das Bayerische Landesentwicklungsprogramm stellt die Weichen für die zukünftige Flächennutzung. Städte sollten hier noch viel stärker die Dringlichkeit betonen, Flächen, sprich: fruchtbaren Boden für die Bereitstellung von gesunden Lebensmitteln zu sichern. Denn jeden Tag werden in Bayern 12 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen [4] – anders gesagt: alle drei Tage „verschwindet“ in Bayern wertvoller Boden so groß wie die Theresienwiese!

Und selbst die landwirtschaftlich genutzten Flächen dienen heute nicht mehr nur zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern werden zusehends anderen Nutzungen zugeführt – mit oft fatalen Konsequenzen für den Bodenmarkt. An erster Stelle stehen die Energieerzeugung (Energiepflanzen und Photovoltaik-Freiflächen) und zusehends auch die Herstellung von Werkstoffen (Bioökonomie). Zudem handelt es sich beim Boden um ein endliches Gut, und der Druck auf die Fläche ist groß. Noch ist knapp die Hälfte der Fläche Bayerns landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche reicht jedoch nicht zur Sicherstellung der Versorgung der bayerischen Bevölkerung, denn ein Großteil unserer konsumierten Lebensmittel be-

anspricht Flächen außerhalb Bayerns – allen voran für tierische Produkte inklusive Futtermittel. Und auch die bayerischen Landwirtschaftsflächen dienen zum überwiegenden Teil zur Herstellung von Eiern, Fleisch und Milchprodukten oder von Energie [5].

Vor diesem Hintergrund: Wie kann die Versorgung einer Metropole wie München mit regionalen, gesunden (Bio-)Lebensmitteln sichergestellt werden? Wie groß ist der aktuelle Footprint Münchens tatsächlich und wie wirkt sich das (zukünftige) Ernährungsverhalten auf diesen Flächenabdruck aus – Stichwort Fleischkonsum? Und was passiert, wenn weitere Flächen auf Biolandbau umgestellt werden? Lässt sich der dann höhere Flächenbedarf (aufgrund leicht niedrigerer Erträge [6]) durch eingesparte Flächen aufgrund des veränderten Ernährungsverhaltens (drastische Reduzierung flächenintensiver tierischer Lebensmittel) auffangen? Diese Fragen sollten möglichst bald angegangen werden, um endlich eine Agrar- und mit ihr die zwangsläufig einhergehende Ernährungswende einzuläuten. Außer wir entscheiden uns, Nahrungsmittel in Zukunft verstärkt „bodenunabhängig“ zu erzeugen und uns nicht nur vegan, sondern cegan zu ernähren. Dann wäre „clean meat & Co“ der Schlüssel zur Ernährungswende und entzöge somit der Agrarwende sprichwörtlich den Boden.

Michael Böhm ist Gründungsmitglied im Münchner Ernährungsrat und war dort zwei Jahre ehrenamtlicher Vorstand. Beruflich ist er Projektleiter bei der Firma Ecozept www.ecozept.de (Freising & Montpellier) und beschäftigt sich hauptsächlich mit der Stärkung regionaler (Bio-) Wertschöpfungsketten.

Zum Weiterlesen:

[1] Je nach Berechnungsart und Verlauf der „Systemgrenzen“ bis zu 30 % des Gesamtausstoßes der THG in Deutschland, Quelle: UBA 2021

[2] Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München; https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/Klimaschutz_und_Energie/Klimaschutzstrategie/IHKM.html ↗

[3] Unter der Annahme, dass sich diese 4.500 ha zum Anbau von Kartoffeln eignen. Berechnet auf Basis des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauchs in Deutschland (58,1 kg) und einem ha-Ertrag zwischen 25 und 50 t/ha, abzüglich Sortier-, Reinigungs-, Transport-, Lager- und Schälverluste.

[4] Neben Verkehr und Gewerbe ist ein weiterer Verursacher der durch die Null-Zins-Politik ausgelöste Bauboom und generell die „Flucht in Sachwerte“. Mit entsprechendem Druck auf die Boden- und Pachtpreise: An der Spitze liegt nach wie vor Bayern mit durchschnittlich 60.000 Euro pro Hektar in 2019. Innerhalb Bayerns wiederum lagen die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen in Ober- und Niederbayern sogar bei über 100.000 Euro pro Hektar! (KAB 2021, Seite 143)

[5] Eigene Schätzungen gehen davon aus, dass weniger als 20% der bayerischen Landwirtschaftsflächen zum Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln dienen (17% Energie- und Faserpflanzen, >25% Futtermittel sowie 33% Grünland, wobei dieser Anteil in Oberbayern sicher noch höher ist).

[6] Die in Fachkreisen kursierenden Zahlen zu den Mindererträgen in der Biolandwirtschaft im Vergleich zur „konventionellen“ Produktionsmethode müssen immer vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass Ökolandbau – immer noch – häufig auf Grenzstandorten betrieben wird, auf denen eine geringere Bodenfruchtbarkeit herrscht. Auch müssen die Vorteile einer extensiveren Wirtschaftsweise in Bezug auf Trinkwasserschutz und Artenvielfalt berücksichtigt werden.



FOTO © FRIEDRICH GRÖSSING

Abb.: Acker vor der Siemensallee

Die Saat geht auf

Früchte und Ableger einer Wiederentdeckung des Erntens im städtischen Alltag

BAUCHPLAN).(

Der interdisziplinäre Beitrag „Agropolis München – die Wiederentdeckung des Erntens im städtischen Alltag“ formulierte im Jahr 2009 eine umfassende Vision im Rahmen des open scale-Wettbewerbs, Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik der Landeshauptstadt München, des damaligen Bundesministeriums für Verkehr und Bau (Bauen ressortiert heute im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Das Ansinnen, Nahrungsproduktion und Ernährung als einen Gegenstand der Stadtplanung zu verstehen, stieß damals bei vielen Stellen auf Verwunderung und Unverständnis. Urban gardening war für die meisten Planenden noch ein Fremdwort und Urban Farming oder gar Urban Mining im Entstehungsjahr der Berliner Prinzessinnengärten, ein Stadtgartenkollektiv am Moritzplatz im Berliner Stadtteil Kreuzberg, weitgehend unbekannt. In den vergangenen 12 Jahren ist nicht nur in München viel passiert.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Klimakonferenz in Kopenhagen und damit einhergehend dem Scheitern internationaler oder nationaler Bemühungen erklärte der damalige Oberbürgermeister Ude bei der Eröffnung der Ausstellung „Zukunft findet Stadt“, auf der in der Rathausgalerie Agropolis einem breiten Publikum vorgestellt wurde, den Klimaschutz zur kommunalen Aufgabe.

Dass Nahrung, ihre Produktion und ihr Transport für einen guten Teil des CO₂-Fußabdrucks verantwortlich sind, weiß heute jedes Kind, und folglich hat sich auch herumgesprochen, dass Stadt nicht nur ein System ist, in dem Menschen sich bewegen. Ganz maßgeblich ist Stadt auch ein System aus stofflichen Strömen. Diese für den Bestand eines Gemeinwesens konstituierende Verflechtung und Abhängigkeit einer Stadt von ihrem Umland ist historisch selbstverständlich und hat sich im Zuge

der Industrialisierung zunehmend globalisiert. Eine nachhaltige Entwicklung von Stadt ist klarerweise nur dann möglich, wenn die angesprochenen Stoffkreisläufe wieder stärker regional geschlossen werden. Dazu gehören nicht nur, aber eben auch in nicht unerheblichem Maße die Versorgung mit Nahrungsmitteln, gerade in einer Metropole, die geprägt ist von einer Genußkultur und dem gemeinsamen Essen und Trinken, sei es am Viktualienmarkt, im Biergarten oder beim Sterne Koch. Ganz nebenbei gibt Nahrung dem sonst oft sehr abstrakten Thema Nachhaltigkeit eine haptische Dimension und macht deutlich, dass es um die Veränderung von alltäglichen Handlungsmustern geht und nicht um ein Delegieren der Probleme an technische Standards wie Dämmstärken, Photovoltaik-Anlagen und Elektroautos.

Die Agropolis-Vision versuchte 2009 eine Bestandsaufnahme und fand in den Münchner Wochenmärkten, in den Stadtgütern und in Ansätzen wie den Krautgärten zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine regionale Versorgung. Vorschläge, wie die Nutzung urbaner Infrastrukturen zur Stärkung dieser Stadt-Umland Beziehungen als Viktualien-Tram, ein Staffel-Anbauplan für die Produktion von Nahrung in der Stadt oder ein Agrikulturpark als Zwischennutzung auf der Fläche des – damals den Münchner*innen noch weitgehend unbekanntes – neu entstehenden Stadtteils Freiham versuchten, diese Prinzipien zu



QUELLE © TEAM AGROPOLIS, 2009

Abb. 1: Vision einer Wiederentdeckung des Erntens im städtischen Alltag als metropolitane Nahrungsstrategie für München

intensivieren. Im Auftrag des Referat für Stadtplanung und Bauordnung konnte bauchplan).(einzelne Bausteine aus der umfassenden Strategie konkretisieren und umsetzen. 2015 entstand ein Freiluftsupermarkt in Freiham, der den Münchner*innen den Standort des entstehenden Quartiers näherbrachte, aber vor allem auch für den benachbarten Stadtteil Neuaußing eine positive Verknüpfung mit dem Entstandenen schuf.

Als Stadtentwicklungswerkzeug bekam die regionale Versorgung mit frisch geernteter Nahrung einen kleinen Ableger, die Freiluftbox. Sie bespielte im Auftrag der kommunalen Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) eine Brachfläche am Westkreuz und sorgte zweimal wöchentlich für Obst und Gemüse von Produzenten aus der Region und für einen willkommenen Treffpunkt im Quartier. Kleinere und größere Feste brachten Menschen aus dem Quartieren mit interessierten Münchner*innen zusammen und setzten Impulse für eine Reflexion über regionale Nahrungsversorgung. Beide Projekte wurden

von der Regierung von Oberbayern mit Bundes-Länder-Mitteln gefördert und waren als Zwischennutzungen angelegt. Folglich sind sie heute beendet, aber die gesäten Ideen tragen Früchte! Die Agropolis-Vision vom Samenflug der Ideen, die in München fruchtbaren Boden finden, scheint einzutreten.

Der Standort des Freiluftsupermarkts Freiham ist heute das Baufeld WA12 Süd. Es wurde an die Wohnbaugenossenschaft München-West vergeben, die neben bezahlbarem Wohnraum auch Möglichkeiten für Anbau und Ernte durch ihre Genoss*innen anbieten wird. Es entstehen Mietergärten im Hof, Gemeinschaftsgärten auf dem Dach und Obstanbau in den Vorgärten.

Die Freiluftbox hat eine neue Heimat auf dem Baufeld WA10 gefunden und schlägt so die Brücke zurück vom Westkreuz in den neu entstehenden Stadtteil Freiham. Die Genoss*innen der Wagnis eG und München West eG gehen hier noch einen Schritt weiter. Neben eigenen Anbaumöglichkeiten für die Bewohnenden gründen sie die „Wertschöpferei“,

eine Quartiersgenossenschaft, die mit einem neuen solidarischen Wirtschaften eine gemeinsame Grundversorgung für ihre Mitglieder und die Nachbarschaft bieten wird. Die Lage am Stadtrand wird zum idealen Ausgangspunkt, um Stoffkreisläufe regional wieder zu schließen und zeitgleich einen ökologischen und sozialen Mehrwert im neuen Quartier zu etablieren. Das Kartoffelkombinat produziert als solidarische Landwirtschaft regionale, saisonale und biologische Produkte, die in einer Quartiersküche verarbeitet und in einem Quartiersladen verkauft werden. Laden und Küche beleben den neuen Stadt-



Abb. 2: Freiluftsupermarkt als Stadtentwicklungswerkzeug in Freiham, bauchplan).(

QUELLE © CLOUDJUMPER, 2016

teil und schaffen ein lokales Angebot in der Wachstumsphase Freiham. Hier denken echte Pioniere die Ansätze von Agropolis weiter und lassen aus Visionen Lebenswirklichkeit werden.

Ermutigt von diesem „kleinen Märchen“ sind die Autor*innen derzeit wieder dabei, das Verhältnis von Stadt und Land zu vermessen und neu zu definieren. Auf der ehemaligen verkehrlichen Freihaltetrasse planen sie im Auftrag des Planungsreferats im Modellprojekt der übergeordneten Grünraumkonzeption „München 2030“ die Parkmeile Feldmoching. Sie soll schrittweise von der historisch bedingten, vorwiegend landwirtschaftlichen Nutzung in einen urbanen Landschaftspark transformiert werden. Der Prozess verlangt ein übergeordnetes Leitbild und flexibel-reaktive Umsetzungsstrategien. Es sollen bestehende Agrarnutzungen eingebunden und mit Grundeigentümer*innen und lokalen Akteur*innen ausgehandelt werden, wie zeitgemäße Freiraumnutzungen und Kreislaufwirtschaft vereinbar werden. Boden, Wasserhaushalt, Klima und Bewirtschaft-



Abb. 3: Freiluftbox als regionaler „food hub“ in der Stadtsanierung Neuaubing-Westkreuz

tungsweise sind ausschlaggebende Faktoren für die vegetative wie räumliche Prägung der Feldmochinger Kulturlandschaft.

Doch auch außerhalb Münchens werden Ansätze neuer agro-urbanen Kulturlandschaften erprobt. Im Rahmen der Internationalen Bau-Ausstellung (IBA) Heidelberg soll unter dem Motto „Wissen schafft Stadt“ ein Landwirtschaftspark Heidelberg als ‚co-produzierter Freiraum neuen Typs‘ die Ansprüche einer produktiven und zukunftsgerichtet nachhaltigen Landwirtschaft mit Freizeit- und Erholungsnutzungen für die ihn umgebenden Stadtquartiere verbinden. Er soll dabei experimentell städtische und landwirtschaftliche Stoffkreisläufe verknüpfen. Da sich die Flächen überwiegend in privatem Eigen-

tum befinden, kommt den Landwirten eine Schlüsselrolle zu. Im Dialog mit den Landwirt*innen und mit Unterstützung des Agrarwissenschaftlers Dr. Thorsten Haase wurden Bewirtschaftungsformen definiert. So kann ein urbanes Reallabor einer ökologischen Agrarwende mit zukunftsgerichteter Prägung entstehen. Sie steht im Spannungsfeld von rationaler Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und emotionaler wie stofflicher Einbindung der Stadtbewohner*innen in die Produktion regionaler

Nahrungsmittel. Der Park entsteht zwischen den Feldern als Netzwerk aus Orten und Wegen und als neue Lesart der Stadtlandschaft. Er baut auf den vorhandenen Strukturen der Gemarkung auf und qualifiziert für Erholung und Landwirtschaft eine synergetische Park-Infrastruktur.

In unserer Erfahrung zeigt sich, dass Planung Impulse setzen und regionale Kreislaufprozesse sowie nachhaltige Lebensstile ermöglichen kann. Die Umsetzung hängt letztlich an den jeweiligen Akteuren, seien sie Bewohnende, Kunden oder Bewirtschaftende. Im Idealfall legt ein partizipativer Planungsprozess die Basis für ein langfristiges Engagement.



Abb. 4: Genossenschaftliche Inbesitznahme des WA10 Freiham durch wagnis und München-West eG und und Inkubator für Wertschöpferei im Quartier

bauchplan).(entwickelt Identitäten. Seit beinahe 20 Jahren kultivieren wir offene Gestaltungsprozesse im transdisziplinären Kollektiv in unseren Studios in München und Wien. Ziel unserer Arbeit ist die Entwicklung und Umsetzung vielschichtig angereicherter Möglichkeitsräume. www.bauchplan.de ↗

Münchens Rolle bei der Ernährungsversorgung – Vorreiter der kommunalen Ernährungswende

ASTRID ENGEL, KRISTIN MAYR, SILKE BRUGGER

Weltweit leben immer mehr Menschen in Städten. 2018 waren es bereits 4,2 Milliarden – 55 Prozent der Menschheit. Bis 2030 soll nach Schätzungen der UN die Zahl um eine weitere Milliarde steigen – auch deswegen wird die Frage nach einer zukunftsfähigen Lebensmittelversorgung im urbanen Kontext immer wichtiger. Gleichzeitig wird das gesamte Ernährungssystem seit vielen Jahren immer stärker globalisiert. Was und wie heute in den Städten gegessen wird, hat globale Auswirkungen in den verschiedensten Bereichen. Viele Umweltprobleme verursacht heute maßgeblich die konventionelle, industrialisierte Landwirtschaft mit – sei es der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt oder die zunehmende Belastung von Böden und Grundwasser. Die Frage einer kommunalen Ernährungswende muss also global gesehen werden.

Biostädte – Akteurinnen für die Ernährungswende

Einige Städte und Gemeinden greifen das Thema nachhaltige Ernährung bereits auf – Tendenz steigend. Dabei denken sie Umwelt-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitsverträglichkeit sowie Ernährungs- und Esskultur zusammen. Die Biostädte entwickeln auf kommunaler Ebene vielfältige Aktivitäten, um eine Versorgung mit regional erzeugten, möglichst unbelasteten Lebensmitteln voranzubringen. Im deutschen Biostädte-Netzwerk haben sich bundesweit mittlerweile 23 Kommunen zusammengeschlossen, die sich genau dieser Aufgabe verstärkt widmen wollen. Für Biostädte ist die ökologische Landwirtschaft ein zentraler Hebel für eine Ernährungswende, da sie für alle zentralen Probleme, die durch die konventionelle Intensivlandwirtschaft verursacht sind, einen Lösungsansatz darstellt – und zwar sowohl lokal als auch regional und global. Die Kommune in den Fokus rücken und als wichtige Akteurin für eine Neuausrichtung der Lebensmittelproduktion und -versorgung, bei der ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden, sichtbar werden zu lassen – auch das ist Ziel des Netzwerks. In diesen Punkten engagieren sich die Biostädte:

- Förderung der ökologischen Landwirtschaft durch Umsteuerung des Verpflegungsangebots für Gäste der

Außer-Haus-Verpflegung, kurz AHV, (in den städtischen Verpflegungseinrichtungen und bei städtischen Veranstaltungen) und damit Steigerung der Nachfrage nach Bio-Produkten;

- Stärkung der Stadt-Land-Beziehungen und regionaler Wertschöpfungsketten durch Aufbau von Marktbeziehungen zwischen regionalen Bio-Anbieter*innen und städtischen Einrichtungen;
- Förderung der Ernährungskompetenz und Stärkung des Bewusstseins für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion innerhalb Stadtverwaltung und -gesellschaft;
- Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die in diesem Bereich aktiv sind.

Was setzt die Biostadt München für die lokale Ernährungswende um?

Die Landeshauptstadt München ist bereits seit 2006 Biostadt und war Gründungsmitglied des deutschen Netzwerks. Angesiedelt ist die Biostadt im Referat



QUELLE © RAINER ROEHL

Abb. 1: In den drei Kantinen der Landeshauptstadt liegt der Bio-Anteil bereits bei 20 Prozent.

für Klima- und Umweltschutz (RKU). Mit zahlreichen Aktivitäten und Projekten arbeitet sie daran, eine Ernährungswende in München voranzubringen. Sehr erfolgreich ist die Landeshauptstadt München bereits beim Einsatz von ökologisch erzeugten Lebensmitteln in den 430 städtischen Kindereinrichtungen.



Abb. 2: Auf dem Streetlife-Festival rückt das Projekt „München schmeckt Bio!“ den Wert des Ökolandbaus und den Genuss von Bio-Lebensmitteln in den Fokus.

Bei den täglich ca. 34.000 ausgegebenen Essen liegt der Bio-Anteil bei mindestens 50 Prozent. Darüber hinaus initiierte die Biostadt einen stadtweiten Prozess, in den sie alle Referate und städtischen Gesellschaften miteinbezog. Das Ziel: bei allen Verpflegungsanlässen in der Zuständigkeit der Stadt die Verwendung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln sukzessive steigern. Dies umfasst neben den Kindertageseinrichtungen und Schulen beispielsweise auch Kinderheime, Kantinen, Seniorenheime sowie Kultureinrichtungen und Veranstaltungscatering. In den vergangenen drei Jahren konnten einige größere städtische Gesellschaften durch professionelle Beratung ihren Bio-Einsatz ausweiten: das MÜNCHENSTIFT mit ca. 3.000 verpflegten Personen pro Tag, die München Klinik mit 2.500 Patient*innen und zusätzlich 1.200 Mittagessen für Mitarbeiter*innen sowie die Stadtwerke München mit 1.700 Hauptgerichten täglich an zwei Standorten.

Die Kantinen der Stadtwerke setzten ein Pilotprojekt zur Einführung von Biofleisch erfolgreich um, das MÜNCHENSTIFT erreicht – trotz des sehr begrenzten Budgets – inzwischen einen Bio-Anteil von über 20 Prozent und die Cafeterien dort schenken bio-fairen Kaffee und Tee aus. Das Tagungszentrum der Münchner Volkshochschule, Haus Buchenried, verwendet inzwischen eine breite Palette von Bio-

Lebensmitteln – 37 Prozent Bio-Anteil sind es hier insgesamt. In den drei städtischen Kantinen steht Bio regelmäßig auf dem Speiseplan, und beim Catering für städtische Veranstaltungen ist ein gewisser Bio-Anteil inzwischen Pflicht. Ermöglicht wird diese sukzessive Transformation durch regelmäßige Schulungen und Beratungen aller Verpflegungsverantwortlichen – seien es die Küchen- oder Einrichtungsleitungen oder die Kolleg*innen aus den einzelnen Referaten.

Weitere wichtige Bausteine der Biostadt München sind Gastronomieprojekte wie „ZUTISCH – besser ist das“ oder Kooperationsprojekte wie „Bio für Kinder“ mit Tollwood (Gesellschaft für Kulturveranstaltungen und Umweltaktivitäten mbH). Auch die finanzielle Unterstützung von Initiativen im Umwelt- und Ernährungsbereich gehört dazu. So konnte insgesamt ein stadtweites Netzwerk aufgebaut und auch ein

regelmäßiges Angebot an ernährungspädagogischen Projekten etabliert werden. Denn viele dieser Organisationen führen Maßnahmen zur Förderung der Ernährungskompetenz von Kindern und Jugendlichen bis hin zu Senior*innen durch. Mit dem Münchner Ernährungsrat hat die Biostadt nun einen starken Partner aus der Zivilgesellschaft.

Wie geht es weiter? – Vision der Biostadt

Zusätzlich zum bereits Erreichten geht die Biostadt München noch weitere Schritte in Richtung Ernährungswende. „Bio – regional – fair“ war von Anfang an ihr Leitbild. Bio-Lebensmittel für München sollen künftig verstärkt aus der Region kommen. Dafür ist der Aufbau eines funktionierenden Bio-Regio-Managements nötig, wie es in den so genannten Ökomodell-Regionen bereits etabliert ist. Die Aufgaben einer solchen Koordinationsstelle sind vielfältig: sämtliche Betriebe entlang der Wertschöpfungskette analysieren, Bio-Erzeuger*innen mit nachfragenden Akteur*innen in der Stadt vernetzen und – zusammengefasst – bio-regionale Marktstrukturen aufbauen und fördern.

Die Konzeptentwicklung für ein „Ernährungshaus“ ist ein weiteres wichtiges Projekt. Hier wird die Biostadt künftig eigene Beratungsleistungen aufbauen für „mehr Bio in München“. Beispiele wie das



Abb. 3: Bio-Lebensmittel für München sollen künftig verstärkt aus der Region kommen.

„Madhus“ in Kopenhagen oder die „Kantine Zukunft“ in Berlin zeigen, wie wichtig solche Anlaufstellen für sämtliche Verpflegungseinrichtungen der AHV (Außer-Haus-Verpflegung) sind, um bei der

Umstellung auf Bio-Lebensmittel zu beraten und den Prozess zu begleiten. Die Biostadt München könnte sich ein solches „Ernährungshaus“ als eine Art Branchentreff vorstellen, als einen Ort, an dem die vorhandenen Kompetenzen für eine Ernährungswende in München gebündelt werden. Das Beispiel „Kantine Zukunft“ zeigt, wie hoch das Interesse und die Nachfrage sein können. Visionär gedacht könnte ein „Ernährungshaus“ zur Drehscheibe für den gewünschten Wissensaustausch und der attraktive Ernährungscampus für die allgemeine Öffentlichkeit werden – somit ein Angebot für alle Münchner*innen sein.

Astrid Engel, Agraringenieurin, seit mehr als 10 Jahren Mitarbeiterin bei der Landeshauptstadt München für den Aufgabenbereich Biostadt mit dem Aufgabenschwerpunkt Bio in den städtischen Referaten und Einrichtungen. Davor war sie lange Jahre in der ländlichen Erwachsenenbildung und freiberuflich in mehreren Forschungsprojekten und im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung tätig.
Kristin Mayr, Ökotrophologin, war 14 Jahre beim Freistaat Bayern angestellt, bevor sie 2020 zur Biostadt kam (u. a. Leitung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und Projektmanagerin Ernährungsbildung).
Silke Brugger ist die dritte im Bunde und ebenfalls seit 2020 mit dabei. Sie war 15 Jahre Redakteurin bei Hubert-Burda-Media sowie PR-Fachfrau für Food-Themen.

Sie bilden das Biostadt-Team des Referats für Klima- und Umweltschutz:

Weitere Informationen finden Sie unter www.muenchen.de/biostadt

Die Stadtgüter München – Vorreiter einer multifunktionalen, urbanen Landwirtschaft

ALFONS BAUSCHMID, VERONIKA FELBER-JANSEN

Die Stadtgüter München (SgM) sind ein Eigenbetrieb der Landeshauptstadt München, der vor über 120 Jahren zur Verwaltung und landwirtschaftlichen Nutzung des städtischen Grundstücksvorrats gegründet wurde. Aktuell verwalten die SgM etwa 2.800 ha landwirtschaftliche Flächen im Stadtgebiet und im Umland, die teils eigenbewirtschaftet werden, teils an umliegende Bauern verpachtet werden.

Die Betriebsstrategie der SgM ist nach den Zielen einer multifunktionalen Landwirtschaft ausgerichtet: Neben der Produktion hochwertiger Lebensmittel sollen die Betriebe die Kulturlandschaft und vielfältige Lebensräume gestalten und erhalten,

sowie Orte der Naherholung und des Naturerlebnisses schaffen. Weitere Schwerpunkte der Betriebe sind die Erzeugung erneuerbarer Energien, die Herstellung und Pflege von ökologischen Ausgleichsflächen sowie Angebote im Bereich der Umweltpädagogik.

Einige erfolgreich eingeführte Projekte zeigen, wie eine praktische Umsetzung gelingen kann. Es wurden zahlreiche Blühflächen, Ackerbrachen und andere Landschaftselemente angelegt, um die Biodiversität im Münchner Grüngürtel zu verbessern. Zudem engagieren wir uns in der Herstellung und Pflege von ökologischen Ausgleichsflächen. Durch die Anlage



QUELLE © STADTGÜTER MÜNCHEN

Abb. 1: Ökologische Ausgleichsfläche Neue Fröttmaninger Heide

extensiver, artenreicher Feucht- und Trockenwiesen wird die Artenvielfalt gefördert und die Kulturlandschaft für Naherholungssuchende aufgewertet. Die Erzeugung erneuerbarer Energien erfolgt durch Photovoltaikanlagen auf vielen Wirtschaftsgebäuden und durch eine Biogasanlage, die aus Gülle und Mist aus der Ochsenmast und aus Energiepflanzen (Mais, Grünland...) Strom und Wärme produziert.

Zudem bieten die SgM auf mittlerweile acht Standorten Krautgarten-Parzellen an, die von Bürgern für die Saison zwischen Mai und November zur Pflege und Ernte gepachtet werden können. Jedes Jahr zur Kartoffelernte organisiert das Gut Riem mehrere Selbsternte-Termine, an denen die Münchner ihre Bio-Kartoffeln selbst vom Feld klaben können. Analog zu den Krautgärten können beim Pilotprojekt „Kistengarteln“ bepflanzte Hochbeete wohnortnah gemietet und über die Saison gepflegt und beerntet werden. Am Gut Riem bieten wir Projektstage für Schulklassen und ein großes Ökohoffest mit Informationen zum Ökolandbau und über gesunde Ernährung. All diese Projekte

haben einen erlebnisorientierten Ansatz, der über die Projektgestaltung zusätzlich Umweltbildungsaspekte vermittelt.

Das Konzept einer Ernährungswende sieht zur Reduktion der ernährungsbedingten Effekte auf Klima und Biodiversität den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft sowie eine verstärkt regionale, saisonale und vorwiegend pflanzliche Versorgung der Bevölkerung vor. Insbesondere die Verbraucher aus dem Umfeld urbaner Räume erwarten heute eine naturnahe, ökologische Nahrungsmittelproduktion. Die SgM bewirtschaften bereits etwa 60 Prozent ihrer Flächen ökologisch. Im Stadtgebiet sind es annähernd 100 Prozent. Bei der Verpachtung von Flächen an private Landwirt_innen werden Öko-Betriebe bevorzugt. Konventionell wirtschaftende Pächter_innen verpflichten sich zu einem Verzicht auf die besonders problematischen Pestizide Glyphosat und Neonicotinoide.

Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in München hängt in erster Linie von der Umstellungsbereitschaft privater Landwirt_innen ab. Aktuell ist diese jedoch verhalten, was unter anderem an einer ganz praktischen, betrieblichen Gegebenheit liegt: In der Stadt



Abb. 2: Münchner Krautgarten

QUELLE © STADTGÜTER MÜNCHEN

gibt es kaum noch Landwirte mit Tierhaltung, so dass den Höfen im Ackerbau der Nährstoffrücklauf fehlt. Denn die ökologische Landwirtschaft funktioniert nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft. Dabei werden dem Boden durch Ackerbau und Grün-

landnutzung Nährstoffe entzogen, die ihm durch das anschließende Aufbringen von Mist und Gülle aus der Tierhaltung wieder zurückgeführt werden. Da die Tierhaltung jedoch flächenintensiv und immissionsrechtlich kaum mit der Enge der Stadt vereinbar ist, gibt es nur noch wenige Höfe, die diesen Kreislauf aufrechterhalten können.

Darüber hinaus fehlt es vielen Landwirt_innen an Planungssicherheit aufgrund der Flächenkonkurrenz in der Stadt. Mit zunehmender Schärfe konkurrieren unterschiedliche Interessen um das Gut „Boden“: Landwirtschaft, Naherholung, Biodiversitäts- und Klimaschutz sowie umfassende Planungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur und die damit verbundenen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen – alle fordern ihren Anteil an den verbliebenen Freiflächen Münchens.

Dabei unterliegt das Interesse der Bauern und Bäuerinnen am Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen in vielen Fällen aus wirtschaftlichen Gründen.

Unabhängig davon ist es fraglich, ob die Landwirtschaft in der Stadt eine bedeutende Rolle in der Nahrungsmittelproduktion für eine Ernährungswende spielen

kann, da der Selbstversorgungsgrad Münchens sowohl mit Produkten aus Acker- und Gemüseanbau als auch die Produktion von tierischen Lebensmitteln viel zu gering ist. Eine Erhöhung der innerstädtischen Nahrungsmittelproduktion hätte eine steigende Intensivierung der Anbaumethoden zur Folge, die im Widerspruch zur ökologischen Landwirtschaft steht.

München braucht jedoch zukunftsfähige, multifunktionale Betriebe, um die Ziele ihrer Biodiversitätsstrategie und des Klimaschutzes zu erreichen zu können und kommenden Generationen eine lebenswerte Stadt zu hinterlassen. Denn eine vielfältige Agrarlandschaft ist der Entstehungsort und der Schlüssellebensraum großer Teile unserer heimischen Biodiversität. Zudem speichern landwirtschaftliche Flächen CO₂ im Boden und in dauerhaften Anpflanzungen (Hecken und Bäume). Sie sind Entstehungsort von Kaltluft und halten Frischluftschneisen frei. Dafür ist eine starke partnerschaftliche Zusammenarbeit im kommunalen

Klima- und Biodiversitätsmanagement nötig, von der sowohl die Bauernhöfe als auch die Stadt profitieren. Die Extensivierung der Bewirtschaftungsweisen und die strukturelle Aufwertung der Agrarlebensräume müssen dabei als Leistung für das Allgemeinwohl von einem angepassten kommunalen Fördermodell flankiert werden.

Doch nicht nur die extensive Landwirtschaft mit einem Schwerpunkt auf Maßnahmen für Biodiversität und Klimaschutz kann im Sinne einer multifunktionalen Landwirtschaft der Weg für eine Weiterentwicklung der Münchner Betriebe sein. Weitere konkrete Möglichkeiten vor allem in Ballungsräumen wie in München bieten erlebnisorientierte Angebote mit hoher Wertschöpfung, wie Selbsternteplantagen, Krautgärten und Hofläden, der Einstieg in



Abb. 3: Landwirtschaft in München

QUELLE © STADTGÜTER MÜNCHEN

die Produktion erneuerbarer Energien oder Umweltbildungsangebote.

Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Flächenkonkurrenz, Ernährungswende – Kommune wie Landwirtschaft stehen in München heute vor der Aufgabe, neue Antworten und Wege für die Herausforderungen der kommenden Jahre zu finden. Die SgM zeigen mit ihren vielfältigen Projekten, welche Weiterbildungsmöglichkeiten das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft Betrieben im urbanen Raum bietet. München muss einen politischen und finanziellen Rahmen schaffen, der die Betriebe auf diesem Weg begleitet und ein wegweisendes Partnerschaftsmodell für Arten- und Klimaschutz in der Stadt und im Umland ermöglicht.

*Dr. Alfons Bauschmid, Werkleiter der Stadtgüter München
Veronika Felber-Jansen, Stadtgüter München*

Essbares München

SILVIA GONZALEZ

In unserer Stadt gärtnern über 11.000 Pächter*innen in Kleingärten (Schrebergärten), über 1.600 in Krautgärten (auf den Feldern im Münchner Grüngürtel) und weitere Tausende Münchner*innen in Gemeinschaftsgärten (gemeinschaftlich organisiert, meist öffentlich zugänglich). Kann München also behaupten, eine „Essbare Stadt“ zu sein?

In Andernach bei Koblenz lässt die Stadt seit 2010 öffentliche Grünflächen und Beete mit Gemüsesorten anbauen, die dann von allen Bürgern verkostet werden können. Es werden somit Elemente der urbanen Landwirtschaft in den städtischen Grünraum integriert. Das urbane Grün gewinnt dadurch eine

in Pflanzkübeln von Fußgängerzonen üblich, reduzieren sich zudem die Kosten pro Quadratmeter Pflege. Anbau und Pflege der Gemüseflächen erfolgen durch eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, die den örtlichen Langzeitarbeitslosen eine gärtnerische Ausbildung anbietet.

Anlässlich einer Anfrage der ehemaligen Stadträtin Sabine Krieger prüfte der Münchner Stadtrat 2014, ob ein vergleichbares Projekt auch in München umsetzbar sein könnte, und beauftragte das Baureferat Abteilung Gartenbau, eine geeignete Fläche für eine Pilotierung auszuweisen. In der Baumschule Bischweiler neben dem Rosengarten in Untergiesing wurde 2014 eine 300 m² große Fläche gefunden. Das Projekt hat sich eher zu einem Gemeinschaftsgarten entwickelt, bei dem ausschließlich die ca. 200 beteiligten Gärtner*innen das Gemüse ernteten. Als erster Gemeinschaftsgarten in einer öffentlichen Grünanlage ist dies einmalig für München und ein wichtiger Schritt in Richtung „Essbare Stadt“.

In München gibt es über 25 Gemeinschaftsgärten, 100 Kleingartenanlagen und 27 Krautgartenanlagen, zahlreiche Schulgärten, Hochschulgärten, Firmengärten, Bewohnergärten etc. In einer Essbaren Stadt geht es aber um ein flächendeckendes Konzept, bei dem Nutzpflanzen nicht nur in Gärten angebaut werden. Genauso wie in Andernach könnten in München Nutzpflanzen an Grünstreifen, Seitenstreifen, Parkanlagen, an der Nymphenburger Schlossmauer oder in den Kübeln der Altstadt angebaut werden. Es geht nicht nur um Gemüse.

Auch Kräuter, Beeren- und Holundersträucher und Obstbäume könnten vermehrt in Restflächen überall in der Stadt angebaut werden. Schon über 450 Spots mit Bärlauch, Kräutern, Holundersträuchern, Beeren und Obstbäumen sind für München auf der Plattform mundraub.org gekennzeichnet.



FOTO © FRANK WINCENZ

Abb. 1: Kohl, Salat und Bohnen am Stadtgraben in Andernach



FOTO © SEBASTIAN HENNES

Abb. 2: Gemeinschaftsgarten „Essbare Stadt“ in München

zusätzliche Funktion als Lebensmittelerzeuger und nicht selten an optischer Aufwertung. In Andernach spielt die Artenvielfalt zudem eine große Rolle. Im sogenannten Tomatenjahr wurden über 100 verschiedene Tomatensorten angebaut und beschildert.

Durch den Wegfall der Wechselbepflanzungen, wie

Trotz Flächenknappheit in München hat die Stadt große Potentiale, Flächen für den Anbau von Nutzpflanzen bzw. für Gemeinschaftsgärten zu finden:

- Auf den sog. „Eh-da-Flächen“: Das sind kleine Restflächen, die schon da sind und die keine besondere Nutzung haben, zum Beispiel entlang von Bahntrassen. Dort könnte man vermehrt Beeren- und Holundersträucher pflanzen, geschützt durch eine freiwachsende Hecke mit Insektennährgehölzen.
- Auf Dächern von Schulen, Firmen und Wohngebäuden.
- Durch die geschickte temporäre Nutzung von Brachen und Abstandsflächen: Den Grünsplatz-Garten gibt es schon im 7. Jahr. Durch den Anbau auf Hochbeeten können solche Projekte relativ unkompliziert umgesiedelt werden.
- Auf versiegelten verlassenen Flächen, wie hier am Beispiel einer ehemaligen Tramwendschleife am Goldschmiedplatz im Hasenberg.

- Eine Sensibilisierung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und für hochwertige Lebensmittel findet statt.
- Umweltschonende Freizeitangebote im Wohnviertel werden geschaffen.
- Gemeinschaftsgärten sind Orte der kulturellen, sozialen und generationenübergreifenden Vielfalt und des nachbarschaftlichen Miteinanders.



FOTO © EDWARD BEIERLE MGS

Abb. 3: Gemeinschaftsgarten auf dem Grünsplatz in Obergiesing

Diese Vorteile hat eine „Essbare Stadt“:

- Die Stadt als Allmende, die Gemeingüter und Teilhabe anbietet.
- Die Stadt wird von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet.
- Die Stadt wird zum Raum der Naturerfahrung und der Biodiversität.
- Die teilweise Selbstversorgung der Stadt München wird gefördert.
- Eine bessere CO₂-Bilanz in der Lebensmittelproduktion wird erreicht: Transportwege und Stromkosten in der Lagerung werden gespart.
- Die Stadt wird zum Ort des gemeinsamen Lernens: Stadtmenschen verfolgen das Pflanzenwachstum und werden mit unterschiedlichen Gemüsesorten aus nächster Nähe vertraut, sie erfahren die Bedeutung von Wasser in der Stadt, besonders wenn es eine auch nur kleine Trockenperiode gibt. In Gemeinschaftsgärten lernen zudem die Bürger*innen den Anbau ökologischer, lokaler und saisonaler Lebensmittel kennen.



FOTO © PAUL GÜNTHER

Abb. 4: Gemeinschaftsgarten am Goldschmiedplatz im Hasenberg

Silvia Gonzalez ist Leiterin des Bereichs Urbanes Grün bei Green City e.V.

Möchten Sie sich zusammen mit Green City e.V. für mehr Urbanes Gärtnern in München einsetzen? www.greencity.de/verein . Das Netzwerk der urbanen Gärten in München: www.urbane-gaerten-muenchen.de . Das Netzwerk der urbanen Gärten deutschlandweit: www.urbane-gaerten.de

Aufs Dach steigen – aber natürlich!

WOLFGANG HEIDENREICH

Aber nicht nur für Wartungs- oder Pflegearbeiten, um zum Beispiel keimende Gehölze aus der mit Kies bedeckten Flachdachfläche zu entfernen, sondern zum Erholen und Freizeit-Verbringen. Gärtnern, Grillen, Feiern, Lesen, Diskutieren, Entspannen, Insekten-und-Vögel-Beobachten und Zuhören ... also aufs Dach steigen, um das zu tun, was in Parks, an der Isar oder an den Seen getan wird.

Ein hohes Ziel

Im wahrsten Sinne des Wortes. Wie gelangen Personen dort hin? Natürlich über das Treppenhaus oder noch besser über den Aufzug, wegen der Barrierefreiheit. Was so banal klingt, ist entscheidend dafür, ob ein Flachdach zum Beispiel für Bewohner*innen, Besucher*innen, Schüler*innen oder Patient*innen zur Verfügung stehen kann. Wer möchte schon über eine Leiter durch ein Oberlicht aufs Dach steigen? Wenn Personen auf dem Flachdach angelangt sind, müssen sie sich sicher bewegen können. Überall, wo Absturzgefahr besteht, ob am Dachrand oder bei einem Oberlicht, muss eine Absturzsicherung vorhanden sein. Das sind wichtige Voraussetzungen für den Aufenthalt auf einem Dach, aber bei weitem

Flachdaches sind leicht einzuplanen, genauso wie eine höhere Attika, um einen höheren Aufbau für die Dachbegrünung zu ermöglichen.

Großes Gewicht

hat bei der Planung logischerweise die Statik. Die größeren Lasten müssen vom Bauwerk getragen werden können. Um die Kosten im Rahmen zu halten, ist eine integrative Planung aller Beteiligten dringend angeraten. Höhere Dachaufbauten oder Hochbeete zum Gärtnern können über tragende Wände eingeplant werden. Deckendurchbrüche für die Gebäudeentlüftung können reduziert werden durch Zusammenfassen von Entlüftungsrohren. Dies trägt zu einer geringeren Schwächung der Tragkraft der

betroffenen Decken bei, die sonst ausgeglichen werden müsste. Gleichzeitig können die Entlüftungsrohre geschickt in die Gestaltung des Daches integriert werden und viel höher als üblich nach oben gezogen werden, um keine Geruchsbelästigungen für die das Flachdach nutzenden Personen zu erzeugen. Architektur, Freiraumplanung, Statik und Haustechnik müssen im Sinne der Wirtschaftlichkeit und der bestmöglichen Nutzung der Freifläche auf dem Dach von Anfang an zusammenwirken. Und wenn die künftigen Nutzer*innen des Gebäudes beteiligt werden, umso besser. Im Wohnungsbau ist dies allerdings nur



FOTO © HEIDENREICH

Abb. 1: wagnis4 – Dach mit Gewächshaus

nicht die einzigen. Klar wird aber schon, dass eine Umgestaltung und Umnutzung eines vorhandenen Flachdaches zur Freizeit- und Erholungsnutzung kaum möglich ist. Anders ist die Situation beim Neubau. Bei der Planung eines Gebäudes muss die Nutzung des Flachdaches von Anfang an mitgedacht werden. Treppenhaus und Aufzug zum Erreichen des

möglich, wenn die künftig Wohnenden, wie bei den Wohnungsbaugenossenschaften und Baugruppen, schon bei der Planung bekannt sind.

Es geht auch leichter

Eine Extensivbegrünung hat eine nur wenige Zentimeter dicke Schicht eines Dachgartensubstrats,

weniger Wasserspeicherung, niedrigere Pflanzen und ist deswegen wesentlich leichter als eine Intensivbegrünung, wie zum Beispiel für Urban Gardening. Allerdings ist auch die Artenzahl von Pflanzen wesentlich geringer. Etwa fünf bis zehn Arten sind die Regel. Warum eine extensiv begrünte Flachdachfläche trotzdem, auch für die Nahrungsmittelproduktion beim Urban Gardening, so wertvoll ist, dass sie durch ein Förderprogramm vom Baureferat Gartenbau bezuschusst wird, wird weiter unten erläutert.

Es gibt was aufs Dach

und zwar unabhängig davon, ob das Flachdach extensiv oder intensiv begrünt wird, von Personen regelmäßig zur Pflege oder für Freizeit und Erholung betreten wird. Wenn das Flachdach für die Begrünung fertiggestellt ist, also Wärmedämmung und wurzelfeste Dachabdichtung verlegt sind, kommt als nächstes ein Trenn- und Schutzvlies zum Schutz der Dachabdichtung zum Einsatz. Darauf wird die Drain-



FOTO © HEIDENREICH

Abb. 2: Sargfabrik Wien: Alpinum im Vordergrund, extensive Dachbegrünung im Hintergrund

und Speicherschicht aufgebracht, die von einem Filtervlies abgedeckt wird, damit das anschließend darauf verteilte Dachgartensubstrat nicht in der Drainage verschwindet. Je nach Planung können zuletzt die Grünflächen eingesät und bepflanzt werden:

- Extensivbegrünung – Aufbauhöhen von 8 bis 15 cm mit dem an den extremen Standort angepassten Pflanzen wie Moose, Sedum und Kräutern,
- Einfache Intensivbegrünung – Aufbauhöhe 15 bis 25 cm mit einem schon etwas höheren artenreicheren Pflanzenspektrum wie Stauden, Gräser und kleinen Gehölzen,
- Intensivbegrünung – Aufbauhöhe 25 bis 100 cm (und mehr) mit allen Pflanzen, die in ebenerdigen Gärten verwendet werden.

Beachtenswert

sind noch eine ganze Reihe anderer Punkte, die für eine erfolgreiche Dachbegrünung wichtig beziehungsweise gefordert sind. Einige werden hier in Stichpunkten aufgeführt: Dachabdichtung, Wurzelschutz, Anschlusshöhen, Verkehrslasten, Dachentwässerung, Dachneigung, Windsoglast, Schichtaufbau, Substrate, Saatgut und Pflanzen, Brandschutz. Die Zugänglichkeit und die Absturzsicherung sind eingangs schon genannt worden.

Komplett zusammengefasst sind die Anforderungen in der „Richtlinie für die Planung, Ausführung und Pflege von Dachbegrünungen – Dachbegrünungsrichtlinie“ der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.

Warum Dachbegrünungen?

Ist doch Luxus für Besserverdienende, nice to have, aber nicht notwendig, außerdem wird das Dach nur undicht, Bauschäden sind vorprogrammiert! Leider

die gängige Meinung. Bei einer kürzlich durchgeführten Machbarkeitsstudie des Bundesverbands Gebäude-Grün (BuGG) wurde noch zusätzlich genannt, dass Tiere ins Haus geholt werden und dass die Pflege kostenintensiv ist. Das allgemein schlechte Image der Dachbegrünung (und auch der Fassadenbegrünung) resultiert aus fehlendem Wissen. In München ist man da schon weiter. Seit 1996 gibt es die Freiflächengestaltungssatzung der Stadt, die besagt, dass unter anderem alle Flachdächer mit mehr als 100 Quadratmetern Fläche mindestens extensiv

begrünt werden sollen. Viele Vorteile der Dachbegrünung können wirken:

Feinstaubbindung, Lärmreduktion, Wärmedämmwirkung im Winter, Kühlung im Sommer (Klimaanpassung), Wasserrückhaltung zur Kanal- und Kläranlagenentlastung, Gebäudeschutz durch konstante Temperaturen auf der Abdichtung und Förderung der Biodiversität in der Stadt.

Was hat eine Extensivbegrünung mit Urban Gardening zu tun?

Die Artenvielfalt insgesamt kann trotz der meist nur fünf bis zehn Pflanzenarten gesteigert werden, indem Tiere angelockt werden durch Nahrungsquellen und Nistmöglichkeiten auf dem Dach. Eine Sandfläche

für bodennistende Insekten wie Wildbienen oder ein alter Baumstamm, der sich langsam zersetzen darf, sind für viele Lebewesen interessant und die wiederum für Vögel. Ein kleines Stück Teichfolie, auf dem eine Pfütze stehen bleiben darf, ist eine Zeit lang eine Tränke für Insekten und Vögel. Eine Substratanhäufung für etwas größere Pflanzen, wird das Dach nicht gleich zusammenbrechen lassen, zumal wenn dies über einer tragenden Wand geschieht, aber für Schmetterlinge eine willkommene Futterquelle sein. Diese Insekten bestäuben Pflanzen, die Früchte ausbilden sollen. Besonders hervortun sich da die Wildbienen, die viel mehr Blüten anfliegen als Honigbienen. Für eine üppige Ernte ist es von Vorteil, wenn es viele begrünte Dächer gibt, auf denen sich ein ungestörter Lebensraum für Bestäuber entwickeln kann. Zumal die Wildbienen bei weitem nicht so große Strecken zur Nahrungssuche zurücklegen wie Honigbienen. Dass das Potenzial für mögliche extensive Dachbegrünungen aufgrund von Bestandsflachdächern mit Kiesbedeckung enorm sein könnte, zeigt ein Blick auf Luftbilder. Mit Kies bedeckte Dächer eignen sich in der Regel für eine extensive Dachbegrünung, weil der Austausch gewichtsneutral erfolgen kann. Diese Extensivbegrünungen speichern und verdunsten Niederschlagswasser, kühlen damit die Stadt. Lokal verdunstetes Wasser trägt zu lokalen Niederschlägen bei. Die Aktiven wissen diese leichten Landregen zu schätzen, für ihre Urban Gardening-Flächen.

Zum Schluss

noch die bekannte Situation in München: immer stärkerer Zuzug, immer mehr Versiegelung, immer intensivere Nutzung der Freianlagen durch immer mehr Personen. Dies alles macht es erforderlich, die Flachdächer zur Freizeit und Erholung nutzbar zu gestalten. Es gibt kaum ruhigere Rückzugsorte in einer Millionenstadt. Dass Bauende in dieser Stadt mit diesen enormen Grundstückspreisen ihr Grundstück nicht voll ausnutzen und in der Regel die Dachflächen nur dazu nutzen, um Sedumsprossen auszustreuen, ist schon absurd.

Wolfgang Heidenreich, Landschaftsarchitekt bdlA, Bereich Urbanes Grün, Projekt Begrünungsbüro, bei Green City e.V.



Abb. 3: Sargfabrik Wien: Aufenthaltsbereich

FOTO © HEIDENREICH

Zum Weiterlesen:

„Richtlinie für die Planung, Ausführung und Pflege von Dachbegrünungen - Dachbegrünungsrichtlinie“ der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.:

<https://shop.fl.de/de/bauwerksbegruenung.html> ↗

Bundesverband GebäudeGrün (BuGG):

<https://www.gebaeudegruen.info/> ↗

Förderprogramm für private Begrünungsmaßnahmen in München:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/bau-referat/foerderprogramm-priv-gruen.html> ↗

Das Begrünungsbüro informiert gerne weiter:

<https://www.greencity.de/begruenungsbuero/> ↗

- Praxisratgeber Gebäudebegrünung:

<https://www.greencity.de/wp-content/uploads/begrue-nungsb20161027.pdf> ↗

- Vorteile der Gebäudebegrünung:

<https://www.greencity.de/wp-content/uploads/begrue-nungsb20161027.pdf> ↗

Die Ernährungswende geht durch Münchens Bauch. Unsere Vision für die neue Großmarkthalle

NIKOLAUS TEIXEIRA, ELLA VON DER HAIDE, FLORENTINE SCHIEMENZ

Mit dem Blick zurück aus dem Jahre 2030 präsentieren die Autor:innen die dann wirklich gute neue Großmarkthalle. Dem Jahr, in dem München klimaneutral sein soll/sein wird/sein muss.

Wir sind sauer.

Denn es geht um unseren Kollektivbauch, den Bauch Münchens. Es geht um die Neuplanung der Großmarkthalle. Es geht um 30 Hektar, umgerechnet mehr als 42 Fußballfelder, in bester Lage. Sie wurde geschaffen, um die Ernährungssicherheit der Stadtbevölkerung sicherzustellen und um die Stadthygiene zu verbessern, damals im 19. Jahrhundert. Die Großmarkthalle von heute ist in Wirklichkeit ein Konglomerat an Hallen und Funktionen. Für stadtnahe Gärtnereibetriebe ist sie ein wichtiger Umschlagplatz von regionalen Produkten. Viel mächtiger ist allerdings der Handel mit weltweit produzierten Gemüsen und Obst. Davon geht wiederum ein großer Anteil Richtung Nordeuropa, wird bei uns nur umgeladen. *Was dort täglich rein- und rausgeht, spiegelt unsere Ernährungsgewohnheiten und ist Abbild unserer globalisierten Landwirtschaft: industriefreundlich und billig-orientiert. Sichtbar wird das Ganze durch Lkw-Karawanen, mitten im Zentrum der Stadt.*

Wir fragen: Warum mitten in der Stadt?

Aber das ist nur eines der Rätsel und Unzufriedenheiten. Seit einem Beschluss des Münchener Stadtrats im April 2020 steht folgende Planung im Raum:

Ein Teil der vorhandenen Gebäude soll abgerissen werden. Entlang der Schäftlarnstraße soll ein bis zu 68 Meter hohes Gebäude entstehen, in dem auf fünf Stockwerken – drei ober-, zwei unterirdisch – der Großmarktbetrieb inklusive Lkw-Entladung gebündelt wird. Dazu benötigt die Stadt einen Investor.

Zur Mitfinanzierung des Projektes hat der Investor ca. 3.000 neue Büroarbeitsplätze auf 55.000 Quadratmeter Fläche geplant.

In einem Online-Meeting mit Münchens Kommunalreferentin Kristina Frank und ihren Ressortchefs machte sie unlängst klar: Bei diesem Projekt haben die Investoren die Hosen an. In dem Erbpachtvertrag, der laut Presse noch in 2021 mit dem vorgesehenen

Investor und Betreiber des neuen Großmarkts, der *Umschlagzentrum Großmarkt München GbR (UGM)* geschlossen werden soll, sei völlig ausgeschlossen, dass die Stadt hier weitere Forderungen stellen kann. Einzig die Auflage, „auf dem Gelände muss es eine Großmarkthalle geben“, sei verbindlich. Über das *Wie* scheinen weder die Stadtpolitik und noch gar die Bürger*innen mitentscheiden zu können. Und der geplante Neubau verspricht außer ein bisschen Grün an der Fassade nichts Gutes.

Wir sehen drei große Probleme:

1. München befindet sich im Klimanotstand. Unser Beitrag zum Klimaschutz ist gefordert. Stadtpolitiker*innen überbieten sich in ihren Ankündigungen über den Zeitpunkt, wann Klimaneutralität erreicht sein soll. Wenn es jedoch um konkrete Projekte geht, scheint der Klimaschutz noch immer nicht mitgedacht zu werden. Das ist fahrlässig.
2. Stadtplanung im 21. Jahrhundert muss das Gemeinwohl als oberste Maxime berücksichtigen. Die Mieten steigen munter weiter, die Löhne kaum. Wenn ein Quartier, die Mitte Sendlings, derartig verändert wird, hat das Folgen. Den teuren Büros folgen sicher keine sozialen Mieten in der Umgebung. Mit der Abgabe von Bodenrechten sowie dem Bau und Großmarktbetrieb gibt die Stadt wichtige Gestaltungshebel für soziale Gerechtigkeit aus der Hand.



Abb. 1: Die Großmarkthallen aktuell

QUELLE © HUIFANG LIU

3. Die billigsten Lebensmittel richten den größten ökologischen und gesellschaftlichen Schaden an. Es gibt kaum Fairness gegenüber den Erzeuger*innen und ihren oft zu unwürdigen Bedingungen beschäftigten Mitarbeitenden. Wir fragen: Was wird in der neuen Großmarkthalle eigentlich gehandelt? Und wie garantiert diese Stadt(politik), den Großteil seiner Bevölkerung mit gesundem, regionalem, saisonalem und biologischem Gemüse zu versorgen? Wann gibt es für die, die sich das alles nicht leisten können, endlich einen städtisch finanzierten Zugang dazu?

Wir fordern: Alle Bauprojekte in unserer Stadt müssen unter diesen neuen Bedingungen nachhaltiger Klimapolitik auf den Prüfstand (siehe auch Antrag der Linken S. 31). Was nicht zukunftsfähig geplant ist, wird nicht gebaut. Und wir fragen: Warum soll es über der Großmarkthalle Büros geben und nicht ein großangelegtes Zentrum für die Ernährungswende, mit House-of-Food, Erlebnis- und Kochmöglichkeiten, pädagogischen und interkulturellen Angeboten? Wir sind bereit zum Dialog, aber auch für die Auseinandersetzung. Vorab laden wir zu einer Zeitreise ein, um viele gute Ideen für eine gescheite Großmarkthalle kennenzulernen.

Wir schreiben das Jahr 2030 und blicken zurück auf das, was entstand:

Unsere Vision: Die Stadt hat einen Versorgungsgrad von 90 Prozent mit ökologisch und lokal produzierten Gemüsen, Obst und frischen Säften erreicht.

Die Neugestaltung des Großmarktes hat dabei eine zentrale Rolle gespielt.

Eine Bürgerinitiative hatte Stadt und potentielle Investoren im Herbst 2021 an einen Tisch bekommen. Expert*innen und Bürger*innen entwickelten in einer Reihe von Partizipationsformaten eine Vision für nachhaltige Großmarkthallen, die von allen Stakeholdern zügig in ein machbares Konzept übersetzt wurde. Im Prozess wurden die ‚alten‘ Gutachten überarbeitet und an reale, klimatische Bedingungen angepasst. *Ein europaweit einmaliges Konzept entstand:*

2027 öffneten die neuen Großmarkthallen, an zwei Standorten. Der Umschlag für überregionale Produkte wurde an einen Knotenpunkt von Handelsrouten aus Schienenverkehr und Autobahn ausgelagert. Das führte zu einer enormen Verkehrsentlastung für München.

Mit dem zeitgemäßen Umbau des innerstädtischen Areals hat die Stadt ein Herzstück der Ernährungswende geschaffen, von dem aus Impulse an die Küchen Münchens und der Region gehen.

Die Gestaltung des neuen Obst- und Gemüsegroßmarktes – eine Skizze in vier Kapiteln:

I. „Veg-MUC“ – Identitätsstiftender Ort der pflanzlichen Ernährung

In der neuen Großmarkthalle wird seit drei Jahren sehr erfolgreich gehandelt. Zentrales Anliegen ist die Erhöhung des Anteils pflanzlicher und regionaler Produkte in der Nahrungsmittelversorgung der Stadt.

Durch die strukturelle Umgestaltung wurden regionale Lieferketten aufgebaut. So wurde ein für alle bezahlbares Angebot saisonal und ökologisch ausgerichteter Nahrungsmittel geschaffen. Die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit in München sinken seitdem stetig.

Die neue Großmarkthalle hat sich den Bürger*innen geöffnet, ist ein Lern- und Ess-Ort geworden. Heute wissen die Münchner*innen, warum pflanzliche Nahrung so wichtig ist. Schulunterricht in gesunder Ernährung findet seither vor Ort statt, Projektwochen mit Eltern-Kind-Beteiligung, aber auch kontinuierliche Erwachsenenbildungsprogramme haben das Bewusstsein von Jung und Älter geschärft.

Identifikation bietet der Ort nun Händlern, Sendlinger*innen, den Münchner*innen. Der Großmarkt ist ein Gesellschaftsprojekt geworden, ist weit mehr als ein privatwirtschaftlicher Umschlagplatz.

Innovationsort für eine neue Münchner Küche: „New Munich Food-Fusion“

Münchens Nahrungsmittelproduktion und Ernährungsweise hat sich merklich gewandelt. Noch vor zehn Jahren war sie – neben dem Brauwesen – auf Schlachthausprodukte aufgebaut: Weißwurst, Schweinsbraten und Hendl.

Das ändert sich in den letzten Jahren. Die pflanzliche Ernährung ist vielfältiger geworden. Inzwischen gibt es zum Beispiel verschiedene Sauerkrautsorten und unterschiedliche Rettiche für den Biergarten. Was von Corona blieb, ist die Begeisterung für's Kochen und Essen gehen zu regional kochenden Gastronomen. Der Obst- und Gemüsegroßmarkt ist ein zentraler Ort für diesen Wandel geworden.

Als besondere Triebfeder entfaltet sich das *House-of-Food* in der Großmarkthalle. Zahllose Köch*innen aus Kantinen, Mensen, Restaurants und Catering-Services lassen sich inspirieren. Die Location ist ein wichtiger Kontaktpunkt zwischen den – nahen und fernen – Produzent*innen und den lokalen Köch*innen und Bürger*.

In großzügig ausgelegten Coworking-Spaces entstand ein Ort für Food-Start-ups: Neue Unternehmen für Weiterverarbeitung, Transport, fairen Handel und Saatgutbörsen sind entstanden. Die Münchner Hochschulen haben eigene Räumlichkeiten vor Ort, die Forschung ist eingebunden.

Kluge Flächennutzung der neuen Großmarkthalle
Nach 10 Uhr früh ist der Großmarkt für die

Privatkund*innen geöffnet. Die Großmarkthalle ist bis 21 Uhr ein Anlaufpunkt zum Einkaufen, Essen und gemütlichem beisammensein. Die Münchner Tafel versorgt all jene, die sich Biogemüse noch nicht regelmäßig leisten können und bringt Bürger*innen zusammen. Regelmäßige Führungen über das Gelände sind lokal und international gefragt.

II. Gewandelte Produktionsstrukturen

Noch 2020 gaben in Bayern jährlich 100 der kleinen bäuerlichen Landwirtschaften und Gärtnereien auf. München hat dem nun Einhalt geboten und eine Einkommensperspektive für die Landwirtschaft geschaffen:

Die Erweiterung der Gärtnerhalle, in der regionale Produzent*innen ihre Waren direkt anbieten, ist mit öffentlich geförderten Pachtpreisen für die Umland-Betriebe erschwinglich. Ein wichtiger Baustein ist die *Vernetzung der Landwirt*innen* im Umfeld der Großmarkthalle, aus der eine *gemeinsam organi-*



Abb. 2: Die Großmarkthalle von Südosten gesehen (2018).

sierte Direktvermarktung hervorging. Das sorgt für Einkommenssicherheit der bedrohten Betriebe und attraktive Arbeitsplätze in der Nahrungsmittelproduktion.

Immer mehr Viehhaltungsbetriebe im Umland stellen seither auf regionale, angepasste Gemüse-Kulturen um, auch weil die Landeshauptstadt dafür gezielt ein Förderprogramm auflegte.

III. Ressourcenschonung entlang der gesamten Lieferkette: Von Erzeugung, Verarbeitung, Konsum bis hin zur Abfallvermeidung Transport und Anlieferung

Zu Beginn des 20. Jh. war München zum Umschlagplatz landwirtschaftlicher Güter aus Italien in großem Maßstab geworden.

München ist auch in 2030 ein Verteiler-Hub. Der reine Umschlag ist wegen der günstigen Bahnanbindung an die neue Strecke durch den Brenntunnel

ausgelagert. Zusammen mit der Deutschen Bahn wurde dafür ein Cargo-Schnellumschlag in Rekordzeit gebaut.

Die Lebensmittel, die für München selbst geliefert werden, kommen per Seilbahn in die Stadt. Diese wurde mit geringem Planungs- und Kostenaufwand über vorhandene Gleise der Bahn gebaut. Ab Mittag werden die Cargo-Gondeln gegen Freizeit-Gondeln für die Bürger*innen ausgetauscht. Radler*innen und Wanderer*innen schweben schnell und lautlos ins Umland.

Nachhaltigkeit in der Architektur und flexible Raumnutzungen

Nach den Plänen von 2021 sollten vorhandene Gebäude auf dem Areal abgerissen werden. Die ‚graue Energie‘ der erst zwischen 2000 und 2020 gebauten Hallen wäre damit verschwendet worden. Die heutige Umsetzung integriert die vorhandenen Strukturen. Der auf regionale und nachwachsende Baumateri-

alien ausgelegte Entwurf gewann den Wettbewerb. Im damals angedachten Beton-Bau wären riesige Mengen CO₂ freigesetzt worden, durch die Verwendung von Holz wird das Gas heute sogar gebunden. In den kühlen Kellerflächen werden Pilze gezüchtet, die begrünte Fassade wird von Photovoltaik-Anlagen beschattet und kühlt die Nachbarschaft.

Umstellung auf effizientere Kühlung und Lagerung

Biergärten waren historisch das Nebenprodukt der vorindustriellen Kühlung von Bier in Kellern, die zusätzlich oberirdisch durch Kastanien verschattet wurden. Auf und um die neue Großmarkthalle entstand nach diesen Prinzipien ein Kühlungswald, der nebenbei auch noch Sendling temperiert.

Zusammen mit der TU-München und dem benachbarten Geothermie-Großprojekt entwickelt München umweltverträgliche Kühlungstechnologien. Kombiniert ist das Konzept mit einem historischen Prinzip: vor 1905 floss der „Dreimühlenbach“ durch das Gelände des Großmarkts und trieb mehrere Mühlen an. Heute werden Kühlenergie und Elektrizität wieder aus Wasserkraft direkt vor Ort produziert. Die neue Großmarkthalle ist damit nullemittierend.

Effizientere und ressourcenschonende Verarbeitung

Um die neue Angebotsvielfalt für die öffentlichen

Einrichtungen der Stadt nutzbar zu machen, wird sie von bio-zertifizierten Betrieben und Großküchen in den Großmarkthallen zentral weiterverarbeitet. Der Anteil pflanzlicher Abfälle wurde dabei minimiert.

Innerstädtischer Transport

Zu Beginn des 20. Jh. wurden Obst und Gemüse von den Händler*innen in Handkarren am Großmarkt abgeholt und in der Stadt angeboten. Diese Tradition ist durch eine Flotte von Elektrolastenträgern mit Kühlanhängern wiederbelebt. Sie sind das zentrale Lieferfahrzeug und ersetzen die Diesel-Transporter. Für lokale Großabnehmer*innen gibt es Elektro-Lastwagen. In Folge ist die Luftqualität für die Münchner*innen erheblich besser geworden. An zirkulierende Gemüsehändler*innen wurden Lizenzen vergeben. Der Verkauf direkt vom Lastenrad aus ist ein wichtiger Beitrag für den Zugang zu fair produzierten Lebensmitteln in allen Stadtquartieren.

Auch in die Neuplanung eingebundene Großhändler, wie EPOS, Tagwerk oder Ökoring, fanden im neuen Großmarkt einen zentralen Ort, um regionale Produkte vor der Verteilung effizient zu bündeln.

Abfallvermeidung, Zero-Waste-City München

Wer jemals vor 2027 an den alten Großmarkthallen containert hat, kann sich an die Unmengen von übrig gebliebenem Obst und Gemüse erinnern. Bis 2021 gab es für die Großmarkthallen zwar ein Abfalltrennungskonzept, trotzdem wurden große Mengen weggeworfen, an die Tafel abgegeben oder im Tierpark verfüttert.

Heute haben sich die Restaurants in und über der neuen Großmarkthalle verpflichtet, übrig gebliebene Ware zu verarbeiten. Ein kommunaler Supermarkt wurde integriert, der Übriggebliebenes anbietet. Für die Kund*innen ist das kein Almosenbetrieb, mit dem soziale Abwertung verbunden ist, sondern ein verbilligter Verkauf ohne Scham. Was dennoch übrig bleibt, wird kompostiert und als Substrat für die Dachgärten verwendet.

IV. Ernährungssouveränität

Ernährungssicherheit und Resilienz für München

Seit der Nachkriegszeit wurden Lagerkapazitäten für die Lebensmittelversorgung der Stadt zu Gunsten von Just-in-Time-Konzepten abgebaut. Supermärkte z.B. hatten letztlich keinen Lagerraum mehr, mit Blick auf die Münchner Gewerbetreibenden nicht verwunderlich. Noch in 2021 wäre damit die Ernährungssicherheit in München binnen drei Tagen gefährdet gewesen.

Zudem hatte die Umdisposition der städtischen Lagerflächen auf Lkw-Flotten zu einem allgefährdenden Umwelt- und Gesundheitsproblem geführt.

Mit der Lagerkapazität und dem breit aufgestellten Energiekonzept der heutigen Großmarkthalle ist München resilienter, ohne die Klimabilanz negativ zu beeinflussen.

Mehr Transparenz

Die Erfahrung heute zeigt, dass das kleinteilige, vielfältige und intensive Netzwerk des neuen Großmarktes durch seine Transparenz deutlich widerstandsfähiger gegen Skandale und Missbrauch ist. Außerdem hat München mit dem neuen Großmarkt ein grandioses Gegengewicht zu den vier großen, Preise und Qualität diktierenden Supermarktketten geschaffen.

Wertschätzung und Gerechtigkeit

Mit dem Ernährungswissen der Münchner*innen ist nicht nur das Bewusstsein für die eigene Gesundheit gewachsen – auch die Bereitschaft, faire Preise zu zahlen, und die gesellschaftliche Wertschätzung von Mitarbeitenden im Lebensmittelbereich sind gestiegen. Rund um den Großmarkt arbeiten Menschen heute unter fairen, stabilen Bedingungen und mit entsprechendem Verdienst.

Kulturell angemessene Ernährung

Und nicht zuletzt: München ist eine Einwanderungsstadt, auch die Ernährungslandschaft wird dadurch bereichert. Die unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten werden in der Großmarkthalle regelmäßig mit typischer Küche und Landeskultur gefeiert. Die Neue Großmarkthalle ist zu einem Ort der Integration geworden.

Schlussbemerkung

Die lebendige Auseinandersetzung über die eigene Zukunft, die 2021 begann, hat sich heute für alle Beteiligten ausgezahlt. Wer hätte 2021 gedacht, dass ausgerechnet München zum europäischen Vorbild erblüht?

Nikolaus Teixeira, Campaigner, Mitinitiator FoodHub München, derzeit Mitinitiator des Start-up Zukunft-Pflegebauernhof und mitengagiert in einem weiteren Volksbegehren

Ella von der Haide ist Dipl.-Ing. der Stadt- und Regionalplanung und Medienkünstlerin. 2020 veröffentlichte sie eine Audio-Stadtführung zum Thema nachhaltige Ernährung durch Giesing. Im Sommer 2021 folgt eine weitere Tour durch Sendling, die auch den Großmarkt thematisiert: www.audio.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de ¹. Sie hat eine Dokumentarfilmreihe über urbane Gärten weltweit produziert: www.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de ², und baut gerade eine SOLAWI (Solidarische Landwirtschaftsgenossenschaft) im Süden von München auf.


Florentine Schiemenz ist Sendlingerin, Pädagogin, Bäckermeisterin, Mama und Mensch. Sie engagiert sich u. a. für ein lebenswertes Großmarktareal.

Urban Gardening: Demonstrationsgärten in Bayern

Dem Leitspruch „Lust auf Gemüse in der Stadt“ folgend soll das Konzept des „Urban Gardenings“ den Menschen in den Ballungsräumen die Freude am Gärtnern auch auf kleinsten Flächen im städtischen Raum vermitteln. Mithilfe von Demonstrationsgärten werden verschiedenste Anbaumethoden vom Hochbeet über den Kistengarten bis hin zum Anbau von Gemüse und Kräutern an der Wand ausgestellt. Das von der LWG initiierte Projekt wird von der Bayerischen Gartenakademie gemeinsam mit dem Institut für Stadtgrün und Landschaftsbau durchgeführt. Dazu werden landesweit Seminare angeboten – unter anderem auch in München.


Wenn Sie sich mehr mit den Themen Regionalität und Saisonalität auseinandersetzen möchten und Interesse an Urban Gardening haben, finden Sie hier weitere Informationen und die Anmeldung zum Programm unter: bay.gartenakademie@lwg.bayern.de oder telefonisch unter 0931 9801-158.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://urbane-gaerten-muenchen.de/2021/03/demonstrationsgarten-urban-gardening-der-bayerischen-landesanstalt-fuer-weinbau-und-gartenbau-in-muenchen-in-2021/> 

Urbane Gemeinschaftsgärten

In Deutschland existieren bereits um die 1.000 Gemeinschaftsgärten, wovon die meisten sowohl bundesweit als auch regional in Netzwerke integriert sind. Der Hauptfokus dieser Art des Gärtnerns liegt in erster Linie auf dem Gemeinschaftsaspekt. Die Projekte basieren dabei auf der Grundlage von interkultureller Arbeit, ökologischem Lebensmittelanbau, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Selbstbefähigung und Selbermachen. Das Netzwerk Urbane Gärten München lädt jedes Jahr im Frühjahr und Herbst zum offenen Treffen und Austausch aller Münchner Gärtner*innen und Garteninteressierten ins Ökologische Bildungszentrum ein.

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://urbane-gaerten-muenchen.de/> 

FoodHub

Die Verkaufsgemeinschaft FoodHub eröffnet im Sommer 2021 und verkauft ausgewählte faire, frische, regionale und überwiegend biologische Lebensmittel. Das Konzept des Supermarkts basiert auf einer genossenschaftlichen Organisation, wobei man als eingetragenes Mitglied zugleich Eigentümer und Kunde ist. Die Nutzung des Supermarkts setzt dabei ein solidarisches Verständnis voraus, wonach jeder, der einkaufen möchte, sich verpflichtet, drei Stunden im Monat für das Projekt zu arbeiten. Dadurch soll es den Teilhabern auf einfache Art und Weise ermöglicht werden, zu ökologischen und gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen, indem eine ökologische Produktionsweise und regionale Erzeuger unterstützt werden.

Werden Sie gerne Miteigentümer*in des ersten solidarischen Mitmach-Supermarkts in München.

Erfahren Sie mehr unter: <https://foodhub-muenchen.de>  und nehmen Sie an einer „That’s FoodHub“-Veranstaltung teil.

Kartoffel Kombinat

2012 gründeten Daniel Überall und Simon Scholl die als Genossenschaft organisierte solidarische Landwirtschaft „Kartoffelkombinat“. Ziel ist dabei der Aufbau und langfristige Erhalt einer selbstverwalteten und gemeinwohlorientierten Versorgungsstruktur. Das Konzept der solidarischen Landwirtschaft funktioniert durch eine gemeinschaftliche Übernahme der entstehenden Kosten und der entsprechenden Verteilung der Ernte. Dadurch soll den Mitgliedern eine Versorgungsunabhängigkeit unter nachhaltigen Anbaustandards ermöglicht werden.

Neben der aktuell in Eschenried befindlichen Gärtnerei des Kartoffelkombinats planen die beiden Gründer zukünftig mehrere Gärtnereien in die Genossenschaft aufzunehmen.

Weitere Informationen finden Sie unter: <https://www.kartoffelkombinat.de/blog/uber-uns/> 

Zusammenstellung: Stephanie Happ, Praktikantin im Münchner Forum April/Mai 2021

Ein Plan für die Ernährungswende

DANIELA SCHMID

Es ist ein spektakuläres Urteil, das das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Ende April 2021 verkündet hat: Die Politik habe eine juristische Verantwortung für die Zukunft der Jüngeren. Einer Generation dürfe nicht zugestanden werden, „unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen“ und damit nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast zu überlassen: „...erst wenn Treibhausgasemissionen auf ein klimaneutrales Niveau beschränkt werden, kann die Erderwärmung aufgehalten werden.“

Das knallt. Landwirtschaft und Ernährung sind in Deutschland für rund 25 Prozent aller Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.[1] Wollen wir das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen, kommen wir nicht daran vorbei, das Ernährungssystem umzukrempeln. Übrigens auch nicht, wenn wir natürliche Ressourcen wie Wasser, Boden oder Artenvielfalt schützen sowie Tier und Mensch vor Ausbeutung bewahren wollen. Ein Werbeverbot für Billigwurst oder ein Veggie-Tag in Kantinen reichen da nicht aus. Es braucht einen grundlegenden, strukturellen Wandel.

Was bedeutet das für München?

Die Stadt prägt durch den enormen Lebensmittelbedarf seiner 1,5 Millionen Einwohner*innen sämtliche Prozesse, die Lebensmittel durchlaufen – von der Erzeugung über die Verarbeitung, den Handel, den Konsum bis zur „Entsorgung“. Damit hat München eine enorme Schubkraft für die Transformation des Agrar- und Ernährungssystems hin zu zukunftsfähigen, nachhaltigen Systemen. Dieser Verantwortung muss die Stadt gerecht werden!

Politische Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen haben ebendiese Verantwortung bisher stets auf die Konsumierenden abgewälzt. Laut Ökobarometer des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft kaufen 8 von 10 Befragten Bio-Produkte, 32 Prozent der Befragten häufig, 5 Prozent der Befragten ausschließlich. Warum liegt der Bio-Anteil am Lebensmittelmarkt dann Ende 2020 bei gerade einmal 6,4 Prozent? Es gibt eine Kluft zwischen „Wissen, was richtig ist“ und „Tun, was richtig ist“. Unser Ernährungsverhalten ist eben oftmals nicht das Ergebnis bewusster und reflektierter Entscheidungen. Es ist vielmehr geprägt von Gewohnheit

und im Moment der Kaufentscheidung von unbewussten Einflüssen oder Emotionen. Dazu gehören etwa Werbung, täuschende Aussagen auf Produkten oder auch „Nicht-Entscheidungssituationen“ wie etwa in der Gemeinschaftsverpflegung.[2] Der wohl ausschlaggebendste Aspekt jedoch sind die Preise unserer Lebensmittel, welche immer noch nicht die tatsächlich entstandenen Kosten abbilden.[3] Die Politik bzw. der Gesetzgeber hat daher die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass zukunftsfähiges und nachhaltiges Essverhalten die einfachste, günstigste und am meisten praktikable Option ist. Die Verhältnisse ändern das Verhalten![4]

Die wichtigsten Hebel der Stadt finden sich in folgenden Bereichen.



Abb. 1: Die Gemeinschaftsverpflegung – ein guter Ort für die Ernährungswende.

QUELLE © BERND WACKERBAUER/TOLLWOOD

a) Außer-Haus-Verpflegung

Kommunen können wichtige qualitative Standards in der Außer-Haus-Verpflegung im eigenen Wirkbereich setzen, bei den Umstellungsprozessen in den Küchen und bei der Kommunikation gegenüber den Tischgästen unterstützen. Zum Wirkbereich der Stadt gehören nicht weniger als Kitas und Schulen, städtische Kantinen und die ihrer Tochtergesellschaften,

Krankenhäuser, Senior*innenheime und Großveranstaltungen, auf denen die Kommune Hausherrin ist. Die Anzahl der in diesen Bereichen ausgegebenen Mahlzeiten ist enorm und birgt eine bisher ungenutzte Markt-Gestaltungsmacht. Mit der gezielten Nachfrage nach nachhaltigen Lebensmitteln aus der Region könnte München den Grundstein für neue Anbau- und Versorgungsstrukturen legen und der Privatwirtschaft Anschub für den Wandel leisten.

b) Stadtplanung

Als einzige Stadt in Deutschland besitzt die Stadt München nicht nur eigene landwirtschaftliche Güter, sondern hat noch circa 100 landwirtschaftliche Betriebe auf

ihrem Stadtgebiet. Doch was in Freiham mit dem Flächenverlust für die Aubinger Bauern schon Realität ist, steht bei der Stadterweiterung München Nordost kurz vor der Umsetzung und droht vielen landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben beim nächsten geplanten großen Neubaugebiet zwischen Schleißheim und Feldmoching.

Durch diesen Trend verliert die ständig wachsende und sich verdichtende Stadt nicht nur die letzten großen Freiräume für Naherholung und Klimaverbesserung, sondern auch die Chance auf echte Nahversorgung und eine zukunftsfähige urbane Landwirtschaft. Die Stadt hat die Möglichkeit, hier entgegenzuwirken! (siehe Böhm S. 4)

Der **Münchner Ernährungsrat** wurde im Juli 2018 gegründet und vereint mit seinen knapp 100 Mitgliedern alle Bereiche der Land- und Ernährungswirtschaft in und um München.


Mehr Info unter: www.ernaehrungsrat-muenchen.de 



Abb. 2: Die acht Handlungsfelder des Strategiepapiers des Münchner Ernährungsrats

c) Die Infrastruktur

Um die Verfügbarkeit von und den Zugang zu nachhaltig produzierten Lebensmitteln aus der Region sicherzustellen, bedarf es der Schaffung neuer Logistik-, Lager- und Verteil-Strukturen komplementär zu den großen Supermarktketten. Strukturen, die es den Erzeuger*innen und Weiterverarbeitenden erlauben, ihre Güter möglichst direkt sowie zeit- und kostensparend den Verbraucher*innen anzubieten. Nur durch die Garantie attraktiver Absatzkanäle kann die regionale Produktion von nachhaltigen Lebensmitteln effektiv gefördert und können kleinbäuerliche Strukturen erhalten werden.

„LebensMittelPunkte“ sind dabei ein wichtiger

Baustein. Bei ihnen handelt es sich um zentrale Stellen in den Quartieren zur Lagerung, Verarbeitung und Weiterverteilung von Lebensmitteln. Durch eine direkte Lieferung der Lebensmittel in quartiersbezogene Lager und Vermarktungsstandorte können Umverpackungen vermieden und Lebensmittelverschwendung reduziert werden. Auch sogenannte „Misfits“

können hier abgesetzt, von kleinen Gastronomiebetrieben abgeholt und von den Konsumierenden direkt verkocht werden. LebensMittelPunkte sind gleichzeitig Bildungsstandorte. Hier können Veranstaltungen stattfinden, die die Ernährungskompetenz der Menschen in der Stadt wieder aufbauen, etwa durch Kochevents, in denen Esskultur gepflegt und Gemeinschaft gelebt wird. Hier findet Inklusion statt, hier werden Stadt-Land-Beziehungen neu gelebt, hier bekommen Bäuerinnen und Bauern ein Gesicht und ihre Produkte eine Geschichte.

Um alle Hebel effektiv in Bewegung setzen und die Ernährungswende erreichen zu können, braucht es jedoch ein Entwicklungsprogramm für das Ernäh-

runssystem auf lokaler Ebene: eine Ernährungsstrategie. Sie muss darauf abzielen, allen Bürger*innen den Zugang zu gesundheitsförderlichen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln so einfach wie möglich zu machen. Sie sollte eingebettet sein in übergeordnete Strategien wie eine Nachhaltigkeits- oder Klimastrategie.

Die Ernährungswende gibt es zwar nicht zum Nulltarif. Doch im Vergleich zur Mobilitäts- und Energiewende, welche mit sehr hohen Investitionen verbunden sind, ist der Kostenaufwand für die Ernährungswende überschaubar. Biolebensmittel haben ihren Preis, da der ökologische Landbau Kosten weit weniger auf die Umwelt und die Menschen abwälzt. Trotzdem kann ein großer Teil der Lasten abgedeckt werden. Dafür braucht es eine Umstellung von tradiertem Verhalten und eine Einbindung von Produzent*innen, Verarbeiter*innen, Essensanbieter*innen und Esser*innen in einen Prozess der Neuausrichtung.

Um Impulse in diese Richtung zu setzen, hat der Münchner Ernährungsrat im Herbst 2020 ein Strategiepapier vorgelegt. Es zeigt in acht Handlungsfeldern (vgl. Abbildung 1) von der Produktion über die Verarbeitung, den Handel, die Außer-Haus-Verpflegung bis zur Ernährungsbildung und Governance auf, wie die Stadt aktiv die lokalen Rahmenbedingungen des Ernährungssystems zum Wohle aller – den Stadtbürger*innen und den Beteiligten auf dem Land – gestalten kann. Das große Ziel des Münchner Ernährungsrats ist es, alle Interessensgruppen zusam-

menzubringen, gemeinsam die Ernährungsstrategie für München auszuarbeiten und in die Umsetzung kommen. Es ist höchste Zeit.


Nur Mut und auf geht's in die #ernährungswende-jetzt!

Daniela Schmid engagiert sich ehrenamtlich als Vorständin im Münchner Ernährungsrat. Beruflich ist sie Projektleiterin bei der Tollwood Gesellschaft für Kultur- und Umweltaktivitäten und verantwortet dort unter anderem das „Bio für Kinder“-Projekt.

Zum Weiterlesen:

[1] Gutachten Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Gutachten. Berlin


[2] WBAE – Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2020) Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten, Berlin

[3] Forschungsnetzwerk „Markets for Mankind“: <https://marketsformankind.net> 

[4] Michael Kopatz: Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten. 2018. <https://www.oekoroutine.de/> 

Wir brauchen ganz andere Konzepte – und wir brauchen Flächen!

Interview mit Siggi Fuchs, dem Waldgärtner

Das Interview von Nikolaus Teixeira mit Siegfried Fuchs können Sie nachlesen unter: <https://muenchner-forum.de/2021/wir-brauchen-ganz-andere-konzepte-und-wir-brauchen-flaechen/> 



QUELLE © SIEGFRIED FUCHS

„Über den Standort Paketpost-Areal neu nachdenken!“

INTERVIEW MIT DIERK BRANDT UND GABRIELE HELLER

Das Münchner Forum und hier insbesondere der Arbeitskreis „Stadt: Gestalt und Lebensraum“ befasst sich seit Bekanntwerden der Pläne der Büschl-Gruppe, die denkmalgeschützte Paketpost um ein Wohn- und Gewerbe-Areal zu verdichten und es mit zwei alles überragenden Hochhaustürmen zu signieren. Die STANDPUNKTE haben die Stadtplaner Dierk Brandt und Gabriele Heller vom Büro Planungsgruppe 504, München, gebeten, sich mit dem Aufstellungsbeschluss des Münchner Stadtrats (vom 23.10.2019) zum neuen Bebauungsplan (B-Plan) Nr. 2147 „PaketPost-Areal“ und dem Masterplan des Büros Herzog & de Meuron, Basel (vom 02.09.2019) auseinanderzusetzen. Der B-Plan Nr. 2147 wird derzeit vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung erarbeitet. Münchens stadtentwicklungspolitische Ziele im Siedlungsleitbild „Nachhaltige Siedlungsstrategie München kompakt – urban – grün“, das von Brandt, Heller und weiteren Mitarbeitern der Münchner Planungsgruppe 504 gemeinsam mit dem Landschaftsplanungsbüro Martin Karlstetter im Auftrag der Landeshauptstadt erarbeitet wurde und das sich an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit in wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht orientiert, wurden als Leitbild für die Stadtentwicklung vom Münchner Stadtrat beschlossen.

Wir haben Dierk Brandt und Gabriele Heller im Interview um ihre Einschätzung zur Umsetzbarkeit der Pläne des Investors hinsichtlich dieser stadtentwicklungspolitischen Ziele befragt. Da außer im Aufstellungsbeschluss mit dem Erläuterungsbericht zum sog. Masterplan bis heute keine detaillierten Planungsdaten und Kenndaten öffentlich bekannt sind, liefern sie mit folgendem Gespräch auch eine erste Analyse des Vorhabens.

Der Aufstellungsbeschluss nennt als wesentliche stadtentwicklungspolitische Ziele:

- Stärkung des Nahbereichs-Zentrums im Quartier Am Hirschgarten durch zwei „Hochpunkte“ mit je 155 m (im alten B-Plan sind max. 60 m Höhe festgesetzt)
- Entwicklung eines Standorts mit gesamtstädtischer Bedeutung (und überregionalem Einzugsbereich).

STANDPUNKTE: Fügt sich das Bauvorhaben an der Paketposthalle in das Leitbild „München kompakt – urban – grün“ des Stadtentwicklungsplans „Perspektive München“ ein?

Brandt/Heller: Mit den ausgehandelten Kennwerten zwischen Politik, planender Verwaltung und Investor (angestrebt sind 1.100 Wohneinheiten, 3.000 Arbeitsplätze und weitere Nutzungen) in der von uns grob geschätzten Größenordnung: ca. 70.000 qm Geschossfläche (GF) für die beiden Türme, nochmals ca. 70.000 qm GF für die sieben Höfe und ca. 20.000 qm GF für die Unterbauung der Paketposthalle werden am Standort Baudichten erreicht, die es in München sonst nicht gibt und die die Dichten vergleichbarer Quartierszentren bei weitem sprengen. Dementsprechend dürften die Investitionskosten Größenordnungen von einer Milliarde Euro erreichen.

Die Münchner stadtentwicklungspolitischen Ziele und insbesondere das auf Gemeinwohl und Nachhaltig-

keit – wirtschaftlich, ökologisch, sozial, kulturell – orientierte Siedlungsleitbild „München kompakt – urban – grün“ werden quasi „auf den Kopf gestellt“, sie sind mit diesen ausgehandelten Kenndaten nicht erfüllbar.

Wird das Zentrenkonzept der LH München durch ein weiteres Zentrum im Quartier ergänzt oder beeinträchtigt es die kleineren gewachsenen Geschäfte im Quartier Hirschgartenforum, in den Stadtteilzentren Rotkreuzplatz und Laim wie auch in den Quartierszentren entlang der Achse Hauptbahnhof-Laim-Pasing?

Brandt/Heller: Der Masterplan ist darauf ausgelegt, einen Einzugsbereich auf Stadtteilebene Neuhausen/Nymphenburg sowie für Gesamtstadt und Region (auch mit S-Bahn Haltepunkt) zu generieren. Zum einen durch geplante Einzelhandelnutzungen in den Erdgeschoss-Zonen der „Wohnhöfe“ sowie einer „Shoppingmall“ in den Türmen. Diese stehen in

Konkurrenz zu den Stadtteilzentren Rotkreuzplatz und Laim. Und zum anderen gilt dies insbesondere für den existenziell notwendigen Einzugsbereich der geplanten Aktivitäten in der Paketposthalle. Diese Orientierung ist mit dem Zentrenkonzept der „Perspektive München“ nicht kompatibel. Die Reduktion auf eine, für die Quartiersebene angemessene Dimension ist im B-Plan schwer bzw. nicht zu erreichen.



QUELLE © KLAUS BÄUMLER

Im Masterplan wird die „Berechtigung“ des Turmpaars u.a. dadurch abgeleitet, „...wenn sie einen Bezug zu dem für die ganze Stadt bedeutsamen Ort schaffen und zudem für die Öffentlichkeit zugänglich sind. (...) Von der großzügigen Aussicht über die Stadt in den obersten Etagen profitieren nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Besucherinnen und Besucher der öffentlich zugänglichen Geschosse...“ Im Aufstellungsbeschluss findet sich auf Seite 32 lediglich ein Satz: „...Die kostenlose öffentliche

Zugänglichkeit der obersten Geschosse/Terrassen ist in mindestens einem Gebäude zu sichern...“

Brandt/Heller: Die Nutzungen in den Hochhäusern sind erfahrungsgemäß nicht öffentlich zugänglich (denkbar sind lediglich „touristische Plattformen“). In der Praxis hätte es die Stadtgesellschaft mit einer „Gated Community“ zu tun. Die Hochhäuser bedeuten einen Paradigmenwechsel in der Münchner Baukultur und im traditionellen, kulturellen Image – „München ist keine Hochhausstadt“. Alle Gutachten können diesen Befund im B-Plan nicht verbessern oder gar heilen.

Laut Aufstellungsbeschluss soll die Paketposthalle öffentlich und frei zugänglich sein, kulturell und nicht dauerhaft kommerziell genutzt werden („non profit“, bezahlbar...). Erschließung und Anlieferung sollen nur unterirdisch erfolgen (Tiefgarage). Für das Untergeschoss (UG) sind kulturelle und kreativ-wirtschaftliche Nutzungen genannt. Wer trägt die Verantwortung für die kuratierten Nutzungen im EG und UG der Paketposthalle, u.a. z.B. für die Organisation, Sicherheit und Kosten von Veranstaltungen jeglicher Art? Und, kann der Bauherr verpflichtet werden, die absehbaren baulichen Risiken der Paketposthalle zu versichern oder Rückstellungen vorzunehmen?

Brandt/Heller: Die Lebensdauer der Deckenkonstruktion, die Reparaturanfälligkeit und Sanierungsaufwand etc. sind nach heutigem Stand nicht absehbar, stellen aber eine immense finanzielle Belastung für die Zukunft dar.

Eine tragfähige Auslastung mit den vorgesehenen kulturellen Veranstaltungen, Kongressen, Messebetrieb, Gastronomie o.ä. sind nur „hochpreisig“ vorstellbar (Mieten, Pachten, Eintritt etc. mit Gästen, Zuschauern aus der Gesamtstadt und einem größeren regionalen Einzugsbereich ...). Zudem ist mit einer vergleichsweise teuren Herstellung bei notwendigerweise hohem Standard und hohen Unterhaltskosten für die Paketposthalle zu rechnen.

Es ist davon auszugehen, dass die unternehmerischen Risiken der Instandhaltung und Verwertung der Flächen der denkmalgeschützten Halle für ein hohes Besucheraufkommen vertraglich geregelt wurden (das juristische Feld ist allerdings für uns eine andere „Baustelle“). Es ist aber allgemein bekannt, dass bei einer prekären Krisensituation die öffentliche Hand einspringen muss.

Wie beurteilen Sie die Wohnqualität in den fünf 6-geschossigen „Wohnhöfen“ und die Aufenthaltsqualität in den sieben privaten „Gassen“?

Brandt/Heller: Die „Gassen“ und „Squares“ sind keine öffentlichen Räume, sondern Privatbesitz mit öffentlich freiem Zugang, also „Gated Community“

– wie gesagt, ein Paradigmenwechsel für die Münchner Stadtgesellschaft. Alle fünf Wohnhöfe sind umschlossen gebaut, mit ca. 18 m bis 20 m breiten Innenhöfen, 5-geschossigen Wohnhäusern, ca. 15 m hoch, sehr dicht bebaut; Abstandsflächen sind kaum eingehalten, schlecht belüftet, weitgehend verschattet, vollkommen versiegelt; bezüglich „Alltags-tauglichkeit“ sind Konflikte und Stress im nachbarschaftlichen Zusammenleben vorprogrammiert (z.B. spielende Kinder).

Nutzungsqualität und gesunde Wohnverhältnisse sind äußerst kritisch einzuschätzen! Im B-Plan-Verfahren kann sich herausstellen, dass der Masterplan-Entwurf stark verändert werden muss.

Im Masterplan sind die Kindertagesstätten in einem Wohnblock vorgesehen mit 19 Krippen, 19 Kindergarten- und 6 Hortgruppen. Im neuen B-Plan soll die Nutzungsqualität bei Bündelung der sieben „Häuser für Kinder“ einschließlich Freispielflächen in einem Block geprüft werden. Wie schätzen Sie die Nutzungsqualität für die Kinder ein?

Brandt/Heller: Die Bündelung der sieben „Häuser für Kinder“ einschließlich Freispielflächen in einem Block wird in der Praxis nicht funktionieren, die Freiflächen sind zu gering bemessen und auch das Verkehrsaufkommen, z.B. Bring- und Hol-Dienste für die sieben „Häuser für Kinder“ wurde nicht bedacht.

Im Masterplan wird von „Freiraum“ gesprochen. Welche Qualität ist von den im Masterplan beschriebenen „öffentlichen Räumen“ zu erwarten?

Brandt/Heller: Es gibt keinen „öffentlichen Raum“, da das gesamte Grundstück (8,7 ha) in privater Hand bleibt, die Zugänglichkeit der Straßen, Wege und Plätze muss über Verträge gemäß BauGB §§ 11 bis 13b „Zusammenarbeit mit Privaten“ geregelt werden. Dies ist ein weiterer Paradigmenwechsel im historisch-kulturellen Selbstverständnis der Münchner Stadtgesellschaft.

Es besteht also die Möglichkeit, der Öffentlichkeit den Zugang zu verweigern, wie dies bei „The Seven“ beispielsweise praktiziert wird. Es sei denn, man schließt entsprechende Verträge mit dem Investor/ Eigentümer. Ist hier der Willkür des Investors nicht Tür und Tor geöffnet?

Brandt/Heller: Der Zugang zu den privaten Gebäuden, insbesondere zu den beiden Türmen liegt im Ermessen des Besitzers/ Betreibers. Aber der Zugang zu den „halböffentlichen“ Räumen der „Gassen“ und sogenannten „Squares“ kann durch Dienstbarkeiten im Bebauungsplan gemäß BauGB gewährleistet werden.

Was ist von den sogenannten Frei- und Grünräumen zu erwarten?

Brandt/Heller: Die Freiräume sind fast alle versiegelt, weil sie mit Tiefgaragen und einem unterirdischen Straßensystem unterbaut sind. Zusätzlich müssen in den „Gassen“ und „Squares“ noch Ein- und Ausfahrten für die Tiefgaragen sowie Aufstellflächen für Anlieferung und Notfahrzeuge ausgewiesen werden. Die Regenwasser-Versickerung ist hochproblematisch, weil sie nur technisch, nicht „natürlich“ gelöst werden kann. Die Freiflächen sind zu eng bemessen, vor allem auch bei Veranstaltungen mit großem Publikumsandrang. Im Umfeld der beiden Türme bietet der enge Freiraum weder „Alltags-tauglichkeit“ noch Gebrauchswert. Es wurden keine ruhigen Grün- und Freiflächen auf privatem Grund ausgewiesen. Der Hitzeentwicklung kann kaum entgegen gewirkt werden, die Anzahl der Großbäume und deren Wachstum ist auf den „Squares“ stark eingeschränkt und in den „Gassen“ nicht möglich. Die Freiraumkonzeption im Masterplan genügt hinsichtlich Größe und Qualität der geplanten Freiräume bei weitem nicht den Standardanforderungen, dieser Mangel kann im B-Plan nicht geheilt werden.

Die Probleme bezüglich Verkehr/ Erschließung sind im „Aufstellungsbeschluss“ in einer langen Liste aufgeführt, es wird ein Verkehrsgutachten gefordert. Genügt das?

Brandt/Heller: Der gesamte Autoverkehr für die beiden Türme, für die sieben „Wohn- bzw. Bürohöfe“ sowie für die Paketposthalle (Ziel- und Quellverkehr Wohnen, Büro etc., Anlieferung und Bring- und Holverkehr zu Hotel, Altenpflege, Kita-Einrichtungen, Einzelhandel, Gastronomie etc.) soll ausschließlich unterirdisch abgewickelt werden. Dies ist eine enorme logistische und bautechnische Herausforderung, für die es bislang noch keine öffentlich zugängliche Daten- und Planungsgrundlage gibt. Darüber hinaus sind Unwägbarkeiten hinsichtlich Bautiefe, Grundwasserströme, Erschütterungen usw. abzusehen. Im B-Plan muss die Funktions- und Leistungsfähigkeit der internen und externen Erschließung (öffentliches Straßennetz) nachgewiesen werden – dies ist erfahrungsgemäß äußerst schwierig machbar. Die Anbindung mit Erschließungsstraßen für den Kfz-Verkehr an die Arnulfstraße (nur Rechtsabbieger) ist nicht erkennbar.

Die Leistungsfähigkeit der Kreuzung Wilhelm-Hale-Straße / Schloßschmidstraße zum aktuellen Ausbaustand ist nicht gegeben, weitere Anknüpfungspunkte der „Gassen“ an die Wilhelm-Hale-Straße werden sicherlich notwendig.

Die Zuwegung vom Paketpost-Areal zum S-Bahn-halt Hirschgarten ist noch nicht gelöst, ebenso die

Anbindung an die überörtliche Fahrrad-Route.

Ein Hinweis zur technischen Infrastruktur: Die erforderliche Integration von Umspannwerk (1.200 qm GF) und Post-Abholzentrum (4.000 qm) an der Arnulfstraße kann nur unterirdisch unter den „Wohnhöfen“ organisiert werden.

Welche Funktion für Stadt und Region lässt sich dem geplanten „Büschl-Bauwerk“ zuschreiben?

Brandt/Heller: Die Siedlungsergänzung des „Birketweg-Quartiers“ mit dem PaketPost-Areal sowie die Einbettung in die „Quartiers-Abfolge“ der Achse Hauptbahnhof-Laim-Pasing und in den Siedlungskontext Neuhausen/ Nymphenburg ist mit dem vorliegenden Masterplan nicht gegeben und offensichtlich auch nicht angestrebt. Stattdessen soll der Standort mit den beiden 155 m hohen Türmen und der „Event-Halle“ ein Anziehungsort für die Gesamtstadt und die Region München werden. Es ist zu bezweifeln, dass diese Funktion für München notwendig ist. In der „Perspektive München“ wird



QUELLE © HELLER

Abb.: Das städtebauliche Modell des PaketPost-Areals, bis 29. Juli ausgestellt im Plan-Treff

das Entwicklungsziel einer möglichst gleichrangigen und „harmonischen“ polyzentrischen Stadt (vgl. Zentrenkonzept) ausgegeben. Diese Orientierung wird auch von der neuen Charta von Leipzig mit dem Titel „gerechte Stadtentwicklung“, dem Deutschen Städtetag „ausgeglichene Stadtgesellschaft“ oder in der Perspektive München mit der nachhaltigen Siedlungsstrategie „kompakt-urban-grün“ verfolgt. Bei allen liegt der Focus auf „Enkeltauglichkeit“ unserer Lebensweise, Reduzierung unseres Ressourcen-Einsatzes und der Vermeidung einer weiteren Spaltung der Stadtgesellschaft.

Stichwort Paradigmenwechsel: Die notgedrungen pauschale Leitlinie des Bürgerentscheids von 2004 mit einer Höhenbeschränkung von Gebäuden auf 100 m war lange wirksam. Hat sich diese Beschränkung als Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung

erwiesen? Gibt es beispielhafte Modelle kreativer, den Erfordernissen von Leben und Arbeit dienlicher Architektur, die durch diesen Schwellenwert ausgeschlossen werden?

Brandt/Heller: Der oft genannte Zusammenhang zwischen Beschränkungen von Hochhausbauten und Investitionshindernissen kann für europäische Großstädte und insbesondere für München als ein konstruierter, interessengeleiteter „Fehlversuch“ ad acta gelegt werden. Hochhäuser/ Wolkenkratzer sind in unserem Kulturkreis ungebremste „Marken für Einzeldarsteller“ (Autofirmen, Banken, Investoren etc.). Solche Hochbauten erzeugen für die Stadtgesellschaft keinen nützlichen Mehrwert.

Unsere Empfehlung: Statt Hochhäuser zu propagieren, sollte der Münchner Stadtrat unser Planungsbüro beauftragen, gelungene Beispiele von gebauten innovativen Quartieren in anderen Städten, aus benachbarten Ländern und auch in München aufzuzeigen, um zukunftsfähige Alternativen zur Diskussion zu stellen.

Unser Fazit zum Masterplan PaketPost-Areal lautet: „Der Standort Paketpost-Areal muss neu überdacht werden...“

Der Masterplan-Entwurf ist bezüglich der stadtentwicklungspolitischen Ziele der LH München in mehrfacher Hinsicht nicht akzeptabel: Unverträglichkeit mit der Stadtsilhouette, zu hohe Baudichten, mangelnde Qualitätsstandards im Freiraum, ungelöste Verkehrs-Funktionen im Quartier, unzureichende Wohnqualität, geringer Gebrauchswert und „Alltagstauglichkeit“ für das Leben

im Quartier sowie überwiegend hochpreisige Nutzungen, auch für die geplanten Kultur- und Freizeitangebote in der Paketposthalle.

Die Türme können nur auf Kosten der Allgemeinheit „funktionieren“, sie entsprechen nicht zukunftsfähiger, nachhaltiger Stadtentwicklung im Sinne von Ressourcenschonung, Klimawandel („ökologischer Fußabdruck“) und „solidarischer Stadtgesellschaft“. Der neue Bebauungsplan Nr. 2147 kann die Sicherung von Funktionsfähigkeit und Qualitätsstandards im Quartier Birketweg/ „PaketPost-Areal“ nur über eine Vielzahl von Ausnahmen und Befreiungen herstellen – die meisten Mängel aber nicht heilen. Die beiden 155 m hohen Türme sind im Aufstellungsbeschluss vom 23.10.2019 bereits gesetzt, das bedeutet eine vorgezogene „Orientierung“ für die noch nicht beschlossene 3. Hochhausstudie der LH München.

Mir reicht's mit den Büschl-Türmen!

HELMUT STEYRER

Auf den Artikel in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 09.06.2021 eingehend, der die Behandlung dieses Projekts „Hochhäuser bei der Paketposthalle“ in der Stadtgestaltungskommission beschreibt, bin ich hin und hergerissen zwischen Staunen und Verzweiflung. Mir fallen die ganzen Debatten von vor 20 Jahren ein, die ich selbst als Mitglied der Stadtgestaltungskommission und als Preisrichter in einschlägigen Architekturwettbewerben über 12 Jahre hinweg erlebt habe. Damals als Stadtrat war ich Vertreter der Landeshauptstadt München. Es wurden damals schon mit der gleichen Architektenlyrik Projekte in der Hochhausdebatte schöneredet und präsentiert wie beim aktuellen „Büschl-Projekt“. Es sollte eine kompetente Stimmung erzeugt werden, die vor allem Nichtfachleute, gezielt Politiker, beeindrucken und beruhigen sollte.

Ein Beispiel aus der aktuellen Architektenlyrik, wie ich es der SZ vom 09.06. entnehme: „feinteilig organisierte Hotel- und Wohngeschosse“, und „eine belebte, spielerische Erscheinung der Turmfassaden“ und „Konzept einer vertikalen Stadt“. Ich gebe zu, ich habe in meinen einschlägigen Funktionen diese Architektenlyrik durchaus mit staunender Achtung verfolgt, weil sie sprachlicher Kreativität entspringt. Es wäre lohnend, diese Sonderform der Sprachschöpfung zu dokumentieren. Diese Sprache will aber vor allem verschleiern. So wie die ätherischen Wolkentürme der ersten Planskizzen von Herzog/de Meuron verschleiern wollen, um eine Stimmung von Staunen und Begeisterung zu erwecken. Ich fand es deshalb befreiend, dass die fortgeschriebenen Hochhäuser, die der Stadtgestaltungskommission vorgelegt wurden, die Härte der Wirklichkeit zeigen: Kein ätherischer Schwung, der zum Träumen einlädt, dafür harte, gestapelte Termitentürme, von zwei Schrägaufzügen aneinander geklammert, bedrohliche Wabenarchitektur, die eines zeigt: Diese Gebäude wollen mit der Stadt und ihrer Umgebung nichts zu tun haben! Und die leeren Versprechungen, was die öffentliche Nutzung betrifft, die kenne ich schon aus der Zeit des Hochhausbooms von vor zwanzig Jahren: Die Option auf öffentlich zugängliche Flächen im Erdgeschoss (EG) und in den Turmspitzen, seinerzeit unbedingte politische Forderung bei Hochhäusern, wurde gestrichen aus folgenden Gründen: Büronutzung ist Sicherheitsbereich, nur mit Code und Berechtigung zugänglich. Sogar das Umfeld des Hochhauses wird zur Sicherheitszone. Wohnungen in den Türmen, im hohen Preissegment, sind „gated community“. Den Zugang gibt es nur für Befugte, unkontrollierte Öffentlichkeit ist nicht erwünscht. Allein schon die vertikale Erschließung über Lifte mit Mischnutzung Bewohner-Externe ist nicht machbar. Auch wirtschaftlich gesehen ist eine Teilöffentlichkeit des Gebäudes, vor allem in den obersten Geschossen, nicht akzeptabel. Das waren

die Argumente von damals, und jetzt wird es nicht anders kommen. Deshalb werden in den Genuss des Blickes „von den Hochhäusern hinab aufs Schloss und andere Dinge der Stadt, die man so bisher von nirgendswo aus sehen konnte“, wie es Herr Büschl laut SZ formuliert hat, nur diejenigen kommen, die sich Wohnen im Turm leisten können.

Bei der ganzen Debatte bekommt für mich die denkmalgeschützte Paketposthalle, wahrlich ein Industriedenkmal von Bedeutung, einen beunruhigenden Rang: Diese Spannbetonhalle wird ohne erheblichen Sanierungsaufwand keine dauerhafte und sichere Hülle für jede Nutzung darunter sein, für die es, wenn man dem Bericht der SZ folgt, nur blumige Ideen gibt. Wer soll die kulturellen Ideen, die genannt werden, finanzieren? Wer hat den Bedarf abgefragt? Aus der Sicht eines Investors könnte man sagen: Diese Halle ist ein Investitionsrisiko. Wenn das so weiter geht mit den unverbindlichen Konzepten für die Nutzung darunter, könnte sie trotz Denkmalschutz fallen. Aber darüber wird ja nicht offen diskutiert. Die Paketposthalle schlittert in einer Tabuzone einer ungewissen Zukunft entgegen.

Zur Planungshoheit der Landeshauptstadt München: Wo in diesem Verfahren wird erkennbar, dass die Stadt es ist, die die Zügel bei einem solchen Projekt in der Hand hat? Dazu kommt noch der Stadtrat, dem es doch auf den Nägeln brennen müsste, dass in München Investorenplanungen zum Regelfall werden und der eigenständige, gestaltende, durchsetzende Einfluss der Stadt ständig an Boden verliert. Ich erkenne meine Stadt bald nicht mehr wieder.

Helmut Steyrer ist Architekt, war ehrenamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt München 1990 bis 2002, bis zum Ruhestand 2012 Geschäftsführer der städtischen „Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung“ (MGS) und von 2013 bis 2015 Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums

Münchener Forum begleitet Bürgergutachten zum Paketpost-Areal

MARTIN FÜRSTENBERG, ULLA AMMERMANN

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat am 9.10.2019 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 2147 mit Grünordnung zum Paketposthallenareal an der Arnulf-/ Wilhelm-Hale-Straße beschlossen. Dem Aufstellungsbeschluss liegt der Entwurf des Masterplanes aus dem Büro Herzog & de Meuron (2019) im Auftrag der Büschl Unternehmensgruppe zugrunde. Seit der Veröffentlichung des Masterplans steht die Zukunft des Paketposthallenareals im Fokus der Münchner Öffentlichkeit. Während sich die öffentliche Debatte vorwiegend auf den Sinn und das Architektur-Design der zwei 155 m hohen Türme fokussiert, wurden die Gesamtbebauung und -nutzung des Geländes, die Revitalisierung der Paketposthalle und weitere Fragen kaum diskutiert.

Im Januar 2021 beschloss der Stadtrat, ein Bürgergutachten in Auftrag zu geben, in dem hochkomplexe Fragestellungen und Zusammenhänge der Quartiersentwicklung von 100 zufallsausgewählten Bürgern in vier Planungszellen anhand zentraler Themenfelder erörtert und Leitlinien zur Quartiersentwicklung formuliert werden sollen. Diese Ergebnisse werden in den weiteren Planungs- und Prozessverlauf eingehen

Das Münchner Forum begleitet das Bürgergutachten während der kommenden Monate konstruktiv und kritisch. Auf Initiative von Ursula Ammermann und Martin Fürstenberg haben sich 15 überwiegend junge Leute in der „Projektgruppe Bürgergutachten Paketposthalle“ zusammengefunden, um Themenbereiche und Fragestellungen für die Bürgergutachter beizutragen. Die Themen gehen weit über die Diskussion der Hochhäuser hinaus. Sie umfassen zentrale Fragen nach Aufgabe und Nutzen dieses Geländes für die Stadt, nach der Einbindung des Geländes in das polyzentrale Zentrenkonzept der Landeshauptstadt und in die bestehenden Stadt- und Quartiersstrukturen: Wie kann das neue Quartier lebendig und vielfältig werden? Wie könnten Mobilität im Quartier und Vernetzung in die Umgebung zukunftsorientiert aussehen? Wie funktioniert soziale und funktionale Vielfalt und Nutzungsmischung? Welche Baudichten und -höhen sind diesem Quartier angemessen, und welchen Beitrag leisten Hochhäuser an dieser Stelle – oder auch nicht? Und wie gehen wir an dieser Stelle um mit den Herausforderungen unserer Zeit – Klimaschutz, Ressourcenverbrauch, Nachhaltigkeit? Kann hier auch etwas völlig Neues entstehen?

Diese Themen sind nur einige von mehreren Themenfeldern, weitere werden hinzukommen. Wichtig ist: Die Bürgergutachter sollen umfassend und offen über die Nachnutzung des Areals sprechen können und abklopfen, inwieweit der aktuelle Masterplan ihre Leitlinien und Empfehlungen erfüllt.

Dies gilt ganz zentral für die Zukunft der denkmal-

geschützten Halle. Denn das Industriedenkmal der Paketposthalle – bislang in der öffentlichen Diskussion kaum beachtet – dominiert das Gelände jetzt und in Zukunft. Wie kann die Paketposthalle als neues kulturelles/soziales Zentrum revitalisiert und genutzt werden? Welche Nutzungen wünschen sich die Bürgergutachter hier? Was bedeutet die Revitalisierung der Halle für Stadt und Umgebung? Worauf muss geachtet werden? Was darf nicht passieren? Hilfreich wäre bereits im Vorfeld des Bürgergutachtens ein – digitales – Expertenhearing zur Zukunft der Paketposthalle, in dem externe Experten ihre Erfahrungen mit der Umnutzung und dauerhaften Belegung von vergleichbaren Großstrukturen vorstellen und auf Möglichkeiten zur künftigen Nutzung einschließlich Management- und Projektstrukturen hinweisen.

Das gerade entstehende Impulspapier der „Projektgruppe Bürgergutachten Paketposthalle“ mit zentralen Aspekten zum Bürgergutachten wird im Juli in die Vorbereitung des Bürgergutachtens eingebracht. Die Arbeit der Bürgerinnen- und Bürgergutachter startet Anfang Oktober. Wichtig bleibt: Die Bürgerinnen- und Bürgergutachter sind und arbeiten unabhängig. Ihre Empfehlungen werden vom Berliner Büro NEXUS betreut und moderiert und bis Jahresende zusammengefasst. Das fertige Gutachten wird anschließend der breiten Öffentlichkeit vorgelegt.

Das Bürgergutachten zur Paketposthalle steht in Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft unter ungewöhnlich starker Aufmerksamkeit. Wir erwarten, dass die Ergebnisse ebenso breit aufgenommen werden und in den weiteren Planungs- und Prozessverlauf eingehen.

Martin Fürstenberg, Geograf und Stadtplaner, Leiter des Arbeitskreises Maxvorstadt/Kunstareal im Münchner Forum und Mitinitiator der Projektgruppe zum Bürgergutachten Paketposthalle.

Ursula Ammermann, Dipl.Geografin und Moderatorin; ehem. Geschäftsführerin des Münchner Forums, Mitinitiatorin der Projektgruppe Bürgergutachten.

Antrag

„Münchner Bauordnung für soziale und nachhaltige Stadtentwicklung“ erarbeiten. Die Höhenbeschränkung des Bürgerentscheids von 2004 als Ausgangspunkt beibehalten.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt München startet einen Prozess zur Erarbeitung einer „Münchner Bauordnung für soziale und nachhaltige Stadtentwicklung“. Bis zum Abschluss dieser Arbeit wird die Fortdauer der durch den erfolgreichen Bürgerentscheid von 2004 fixierten Höhenbegrenzung von 100 m beschlossen.
2. Bauwirtschaft und Investoren werden aufgefordert, ihre Planungen in diesen Rahmen einzupassen. Dies gilt insbesondere für das Areal der Paketposthalle.
3. Die „Münchner Bauordnung für soziale und nachhaltige Stadtentwicklung“ wird unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet. Das Ergebnis wird der Bürgerschaft per Ratsentscheid zur Abstimmung vorgelegt. Die aktuelle, umstrittene Hochhausstudie fließt in diesen Prozess ein.
4. Für die Genehmigung aller künftigen Bauvorhaben mit hohen Gebäuden (über 40 m) in München sind soziale und nachhaltige Kriterien vorrangig.
 - a) Erforderlich sind Rücksicht auf die Lebensqualität der Nachbarschaft und die Stadtgestalt. Ein Beitrag der Höhenentwicklung zur Schließung von Lücken in der sozialen, schulischen oder kulturellen Infrastruktur ist in jedem Einzelfall nachzuweisen.
 - b) Eine Überlastung des Stadtteils durch Zunahme des Verkehrs (insbesondere Individualverkehr, aber auch Überlastung des ÖPNV an Knotenpunkten) muss verhindert werden.
 - c) Schließlich ist entscheidend, ob das geplante Bauwerk nachhaltig zu bauen, zu betreiben und ggf. auch rückzubauen ist. Der gesamte Lebenszyklus ist dabei zu betrachten.

Begründung:

In den Auseinandersetzungen um aktuelle Bauvorhaben wird immer deutlicher, dass die Genehmigung bzw. die Setzung von Anreizen für den Bau von Hochhäusern nicht im öffentlichen Interesse ist.

Hochhäuser sind kein nachhaltiger oder klimafreundlicher Bautyp: Die ökologischen Auswirkungen von Hochhäusern hat eine Studie der TU München schon 1993 gezeigt und daran hat sich auch nichts geändert: Hochhäuser beeinträchtigen den Luftaustausch in der Stadt, erhöhen die örtliche Temperatur, durch Verwirbelung ist die Aufenthaltsqualität in ihrer Umgebung herabgesetzt. Sie erfordern beim Bau klimaschädliche Materialien in großem Umfang, müssen im Betrieb gekühlt werden, verschatten die Nachbarschaft und beeinflussen das Stadtklima durch ungünstige Windströmungsverhältnisse. Die Nutzung der gestapelten Flächen nimmt mit der Höhe ab wegen des Bedarfs an zusätzlichen Nebennutzungen wie Liften, Treppenhäusern, Brandschutzeinrichtungen sowie einem größeren konstruktiven Aufwand. Bilanziert man die Kosten über den gesamten Lebenszyklus, so wird die Bilanz immer negativer, je höher das Hochhaus ist.

Hochhäuser ermöglichen keinen bezahlbaren Wohnraum: Dies hat auch Stadtbaurätin Prof. Merk in einem Interview der Immobilienbeilage der SZ im März 2021 bestätigt: „Die effizienteste Art, dicht und gut zu bauen, sind eher acht Geschosse, weil Wohnhochhäuser aufwändig und teuer sind.“ Hochhäuser sind nicht nur teuer in der Herstellung, sondern auch im Unterhalt, da die Betriebskosten überproportional hoch sind. Sie ermöglichen lediglich eine hohe Geschossfläche auf dem Grundstück direkt, aber keine höhere Siedlungsdichte als eine übliche sechsgeschossige Blockbebauung. Denn die künftigen Bewohner*innen brauchen auch Flächen für soziale und kulturelle Infrastruktur: Kitas, Schulen, Kultur, Gesundheit, Versorgung, Grün, Erholung, Spiel, Sport, Mobilität.

Hochhäuser generieren lediglich einen massiven Mehrwert für die Investoren auf ihrem Grundstück, die negativen Folgen tragen Nachbarschaft und Stadtgesellschaft: Überlastung von Straßen und Verkehrssystemen, Windturbulenzen am Boden, thermische Aufheizung, Verschattung der Nachbarn, kaum alltagstaugliche Erdgeschosszonen mit Umfeld, beeinträchtigte Sichtbeziehungen, ständige Dominanz.

München soll und kann dem Weg zur nachhaltig und in sozialer Verantwortung gebauten Stadt konsequent folgen. Pläne wie das 155-Meter-Projekt in Nymphenburg wären hingegen ein weltweit sichtbares, nicht zeitgemäßes Zeichen der Rücksichtslosigkeit. Nicht zuletzt: Was sozial und nachhaltig geplant wird, kann auch schön gebaut werden.

München, 19. Mai 2021

Initiative: Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet: Stadtrat Stefan Jagel, Stadträtin Marie Burneleit, Stadtrat Thomas Lechner

Leserbrief zu STANDPUNKTE 4./5.2021

Liebe Leute vom Münchner Forum,

ihr habt ja so recht, mit der Entscheidung, so wie sie gefallen ist zur S-Bahn-Stammstrecke, wird es nicht nur teurer, schon jetzt wurde angekündigt, dass die S-Bahnen in die Außenbezirke dann halbstündlich und nicht mehr alle zwanzig Minuten fahren. Ich weiß, dass ihr wie auch wir LINKE dagegen wart und für den Ausbau des Südrings. Ich bin in Rente, bin aber jahrelang von Dachau nach München gependelt. Die wenigen Male, die ich noch mit der S-Bahn nach Dachau fahre, habe ich mindestens bei einer Strecke Verzögerungen. Für die vielen Menschen, die mit den S-Bahnen pendeln, wird es immer mehr eine Zumutung, zumal es an fast allen S-Bahnhöfen nicht mal Durchsagen über Verspätungen etc. gibt. Und der MVV wird ja auch von Jahr zu Jahr teurer, eine Zumutung für viele Menschen im Münchner Großraum. Gut, dass das Münchner Forum da kritisch bleibt, danke!

Lili Schlumberger-Dogu, BA Neuhausen-Nymphenburg Fraktion Die LINKE

Weitere Themen

Deutschlandtakt – eine gute Bahn-Initiative auf Abwegen

WOLFGANG HESSE


Im Oktober 2018 hat das Bundesverkehrsministerium (BMVI) das „Zukunftsbündnis Schiene“ ausgerufen und den „Deutschland-Takt“ (kurz: D-Takt) zum Leitbild für den künftigen Bahnverkehr in Deutschland erklärt [BMVI 2018]. In ihrer grundsätzlichen Zielsetzung ist diese Initiative sehr zu begrüßen. Gemäß der Devise „Der Fahrplan bestimmt die Infrastruktur“ sollen zukünftig Strecken und Bahnhöfe nicht nach fragwürdigen politischen, oft sehr lokalen Erwägungen, sondern aufgrund systemweiter Bedarfsanalysen geplant werden: *Bauen nicht dort, wo sich Politiker, Verbände und Baukonzerne am lautesten melden, sondern dort, wo es für optimale Reise- und Betriebsabläufe gebraucht wird.* In den Zielfahrplänen manifestieren sich die grundsätzlichen Ziele des Vorhabens, und sie bestimmen die daraus folgenden konkreten Infrastruktur-Maßnahmen.

Im Juni 2020 wurde vom BMVI ein dritter Gutachterentwurf mit Zielfahrplänen veröffentlicht und als *final* bezeichnet [BMVI 2020]. Er eröffnet gute Perspektiven für die Zukunft des Personenverkehrs wie (u.a.) Halbstundentakte im Fern- und Regionalverkehr, Lückenschlüsse, neue bzw. besser organisierte Bahnknoten, Beschleunigungen, Rückkehr des *InterRegio* als Zugart „FR“.

Neben diesen positiven Perspektiven wurden aber auch kritische Aspekte in den Zielfahrplänen deutlich. So erweist sich die schöne Ankündigung „*Eine Maximierung der Reiseverbindungen und kürzere Reisezeiten durch abgestimmte Anschlüsse kommen vor reiner Fahrzeitverkürzung*“ (BMVI 2018)

immer mehr als leere Formel, in den Zielfahrplänen wird sie zunehmend missachtet [Hesse 2019]. Denn ihr stehen andere, mächtige Forderungen und Interessen gegenüber wie die, möglichst aufwendige Tunnel-trächtige Großprojekte zu starten bzw. wiederzubeleben, u.a. um zwischen großen Metropolen wie z.B. Berlin, Hamburg, Köln und München besonders kurze Fahrzeiten zu erreichen. Damit will man mit dem innerdeutschen Flugverkehr konkurrieren – die Erschließung der Fläche und die guten Umsteigebedingungen in den Bahnknoten kommen dabei zwangsläufig unter die Räder.

Zur Zeit hat sich die Diskussion besonders an zwei geplanten 300 km/h-Hochgeschwindigkeitsstrecken

(Hannover-Bielefeld und Nürnberg-Würzburg) entzündet. Zum erstgenannten Projekt hat sich der niedersächsische Landtag in einem Entschließungsantrag kritisch geäußert [NiSa 2021] und Fachleute um Stellungnahmen gebeten. Meine Beiträge dazu (Stellungnahme sowie 3 diesbezügliche Memoranden) sind unter https://pro-ausbau.de/wp-content/uploads/2021/05/MemoH-BI_Teil3.pdf  nachzulesen.


Der Deutschlandtakt betrifft auch große Bahnknoten und im Besonderen Mega-Knoten wie Hamburg oder München. So ist z.B. auch die Umstellung der Münchner S-Bahn vom Takt 10/20 auf Takt 15/30 in den D-Takt aufgenommen worden und hat Auswirkungen auf das Zusammenspiel von Fern- und Nahverkehr. Darauf sind wir ausführlich im letzten Heft der STANDPUNKTE eingegangen, vgl. u.a. [Hesse 2021]. Der „Mega-Knoten“ München wird uns sicher in näherer Zukunft weiter beschäftigen.


Ein weiteres, besonderes Gewicht hat die Kritik durch die jüngsten Nachrichten aus Karlsruhe bekommen. Dort hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem aufsehenerregenden Entscheid vom 24.3.2021 neue unübersehbare Impulse gesetzt, die Klimaziele endlich ernstzunehmen und den Lebensbedürfnissen künftiger Generationen mehr Gewicht zu verleihen [BVG 2021]. Das bedeutet auch in der Verkehrspolitik eine radikale Wende zu einer massiven Verkehrsverlagerung auf die umweltfreundlichere Schiene. Es gilt aber auch im Hinblick auf die Deutschlandtakt-Initiative. Das im Prinzip richtige und unterstützungswerte Vorhaben droht leider durch zu ehrgeizige, in den Zielfahrplänen manifestierte Zielsetzungen konterkariert zu werden. Denn diese bergen die Gefahr bedrohlicher Fehlentwicklungen in sich und führen letztlich die beabsichtigte klimaverträgliche Ausrichtung des Verkehrs *ad absurdum*.


So droht ein D-Takt in dieser Form nicht nur zu einem Reizwort bei der Bevölkerung in den betroffenen Regionen zu werden, sondern auch zu einem neuen „Klimakiller“. Dies zu verhindern impliziert eine Korrektur der Zielfahrpläne als Voraussetzung für einen maßvollen, den Bedürfnissen der Fahrgäste, des Landschafts-, Umwelt- und Klimaschutzes verpflichteten Ausbau der (Schienen-) Verkehrs-Infrastruktur.


Prof. Dr. Wolfgang Hesse, hat am Fachbereich Mathematik und Informatik der Philipps-Universität Marburg gelehrt. Er ist einer der beiden Leiter des Arbeitskreises „Schienenverkehr“ des Münchner Forums.


Zum Weiterlesen:

[BMVI 2018] Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Zielfahrplan Deutschland-Takt, Informationen zum dritten Gutachterentwurf. https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/E/zielfahrplan-zukunftsbuendnis-schiene.pdf?__blob=publicationFile 


[BMVI 2020] Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Ein Fahrplan für alle: der Deutschlandtakt. <https://www.deutschlandtakt.de/> 


[BVG 2021] Beschluss vom 24. März 2021 - I BvR 2656/18
https://www.bundesverfassungsgericht.de/ers20210324_1bvr265618.html 

[Hesse 2019] W. Hesse: Deutschland-Takt und BMVI-Zielfahrpläne: Chancen, Defizite und Lösungsvorschläge. In: Eisenbahn-Revue International, Heft 7/2019, S. 386-389, Minirex-Verlag, Luzern 2019 und: https://bahn-fuer-alle.de/wp-content/uploads/2020/11/2019-09_D-Takt_Hesse.pdf 

[Hesse 2021] W. Hesse: Aus dem Takt geraten? Der Bahnknoten München im Umbruch. In: Münchner Forum: STANDPUNKTE Heft 4./5.2021, S. 4-10. https://muenchnerforum.de/wp-content/uploads/2021/04/Standpunkte-4-5_2021_Bahnverkehr-in-und-um-Muenchen.pdf 

[Hesse 2021a] W. Hesse: Stellungnahme (schriftliche Anhörung) zum Antrag „Deutschlandtakt verbessern - Niedersachsen gut anbinden“ der Fraktionen von SPD und CDU im niedersächsischen Landtag

[Hesse 2021b] W. Hesse: 3 Memoranden zum Deutschlandtakt (Bahnknoten Hannover, Zielfahrpläne und Schnellstrecken für Niedersachsen und Hamburg); https://pro-ausbau.de/wp-content/uploads/2021/05/MemoH-BI_Teil3.pdf 

[NiSaLa 2021] Niedersächsischer Landtag – 18. Wahlperiode. Drucksache 18/9079. https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_18_10000/09001-09500/18-09079.pdf 

Naturerfahrungsraum: Mehr Natur für Münchner Kinder – Spielen in urbaner Wildnis

HANS-JOACHIM SCHEMEL

Die Natur ist aus unseren Städten „hinausgeplant“ worden, auch in München. In der Stadt gelten alle mit Pflanzen bedeckten Flächen als „Natur“. In diesem Beitrag sind mit „Natur“ jedoch weder gestaltetes Grün noch landwirtschaftliche Nutzflächen gemeint, sondern Bereiche, in denen die Tier- und Pflanzenwelt in ihrer natürlichen Eigendynamik erlebbar ist. Die wenigen Natur-Restflächen im dicht besiedelten Raum sind meist als geschützte Biotope mit Betretungsverboten oder Wegeboten ausgewiesen, also nur hinter „unsichtbaren Fenstern“ erlebbar. Um der Natur-Entfremdung in Städten entgegenzuwirken, wurde vor mehr als zwanzig Jahren die Flächenkategorie „Naturerfahrungsraum“ konzipiert (Schemel 1998). Diese als Spielraum vor allem für ältere Kinder gedachte „wilde“ Flächenkategorie ist inzwischen in zahlreichen Städten realisiert worden (www.naturerfahrungsraum.de ¹). Seit 2010 ist die Grünflächenkategorie im Bundesnaturschutz verankert. Dort heißt es in § 1 Abs.6: „Freiräume im besiedelten und siedlungsnahen Bereich einschließlich ihrer Bestandteile, wie Parkanlagen, großflächige Grünanlagen und Grünzüge, (...) Naturerfahrungsräume (...) sind zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, neu zu schaffen. Die in Kürze erwartete Baugesetzbuch-Novelle (BauGB) wird diese Flächenkategorie ebenfalls aufnehmen.“

Das dieser Flächenkategorie zugrundeliegende Verständnis von Natur hat der Stadtplaner Karl Ganser von den übrigen Erscheinungsformen von Grün in der Stadt so abgegrenzt: „Es handelt sich um das Gegenteil von gestaltet, geordnet, diszipliniert, hergerichtet, vorgeprägt, ästhetisiert, also nicht um Kinderspielplätze, nicht um Parks, nicht um kultivierte Landschaft, auch nicht um den Garten, die Dachterrasse oder den Blumentopf.“ Er fragt: „Wo

für „die“ Natur schlechthin. Je mehr den Menschen schon im Kindesalter die Möglichkeit genommen ist, sich beim alltäglichen Spiel in naturbelassenen Räumen zu bewegen, desto weniger Erwachsene empfinden den grassierenden Artenschwund als Verlust. Wer sich als Kind jedoch oft und gern spielend in artenreichen Räumen aufgehalten hat, entwickelt eine emotionale Beziehung zur Natur. So wird der Wert von naturnahen Lebensräumen der Tier- und

Pflanzenwelt unmittelbar erfahren. Die Bereitschaft zur Bewahrung solcher Räume wächst auf diese Weise besser als mit Hilfe kognitiv vermittelten Wissens über ökologische Sachverhalte.

Der städtische Naturerfahrungsraum (NER) ist eine mindestens ein Hektar große Fläche, auf der sich Pflanzen und Tiere weitgehend ohne gestalterische und pflegende Eingriffe des Menschen entwickeln und auf der Kinder wohnungsnah spielen können – ohne Spielgeräte

und ohne Anleitung durch Erwachsene. Dem Konzept liegt die Idee einer doppelten Freiheit zugrunde: freies Spiel in freier (möglichst ungezähmter) Natur.

Mit der Ausweisung eines Naturerfahrungsraumes lässt sich der ökologische Wert des Standorts erhöhen. Daher erfüllt diese Flächenkategorie auch die



QUELLE © ARIEK SOCHA, PIXABAY

findet sich Wildnis in der Stadt, wo doch fast alles bebaut oder durchgestaltet ist, noch nicht bebaute Flächen möglichst bald der Bebauung zugeführt werden sollen?“ (Ganser 2008)

Eine in naturferner Umgebung aufgewachsene Person hält Äcker, Wiesen und gestylte Grünflächen

Funktion einer ökologischen Ausgleichsfläche – als Maßnahme zur ökologischen Kompensation baulicher Eingriffe, die auf dem Gebiet der Kommune an anderer Stelle vorgenommen worden sind (Wilke u. Winkelbrandt 2008). Keinesfalls eignen sich als Naturerfahrungsraum-Standort geschützte Biotope mit gegenüber Kinderspiel stöempfindlichen Tier- und Pflanzenarten.

Zur Bedeutung von Natur für Kinder

Naturerfahrungsräume sind die Antwort auf zwei besonders problematische Trends der Raumerfahrung von Stadtkindern: erstens die Verlagerung der Aktivitäten von Außenräumen in Innenräume (Verhäuslichung von Kindheit) und zweitens die simulierte Abwendung von realen Räumen und Erfahrungen, was sich in der Dominanz des Fernsehens und der Internetspiele im Kinderalltag zeige (Ersatz des Realen durch das Fiktive). Diese Trends seien zu erheblichem Teil die Folge mangelnder Aktionsraumqualität (Blinkert et al. 2015).

Zwar sollen die Kinder den Naturerfahrungsraum möglichst eigenständig nutzen, jedoch kann eine Betreuung durch Erwachsene mit Aktivitätsangeboten durchaus sinnvoll sein, etwa, um Kinder auf diesen Spielraum aufmerksam zu machen oder wenn es gilt, zögerlichen Kindern die Scheu vor der ihnen fremden „wilden Natur“ zu nehmen. Naturerfahrungsräume können auch als „grüne Lernorte“ genutzt werden, um bei Kindern Verständnis für die Naturprozesse zu wecken (Knapp et al. 2016). Das spontane Spielen hat in diesem Raum jedoch Vorrang von pädagogisch motivierten Aktionen.

Der schon erwähnte Karl Ganser bemerkt mit Blick auf Naturerfahrungsräume: „Wenn es also darum geht, ein Menschenbild einzupflanzen, das den Heranwachsenden im Einklang mit der Natur und mit Respekt vor derselben formt, dann wird die Naturbegegnung im Kindesalter entscheidend. (...) Natur muss ‚um die Kinder herum‘ sein. Sie müssen unregelmäßigen Zutritt zu dieser Natur haben. Eltern sollen nicht jeden Schritt bewachen und nicht jedes Tun zensieren. Die Anwesenheit von Pädagogen oder Geologen ist nicht erwünscht. (...) Es geht nicht um Wissen und gelehrt werden, sondern um ungestörte und unverstellte spontane Eindrücke.“ (Ganser 2008,

S. 48). Wer sich als Kind oft in naturnahen Räumen aufgehalten hat, der entwickelt eine emotionale Beziehung zur Natur.

München hat bisher nur einen einzigen Naturerfahrungsraum

Im Jahre 2001 (vor 20 Jahren!) hat das „Münchner Bündnis für Ökologie“ – ein Zusammenschluss aus Umweltverbänden und einer Vielzahl von interessierten Einzelpersonen und Gruppen – dem Stadtrat mehrere „Leitprojekte“ vorgeschlagen. Ein Baustein des Leitprojekts „Mehr Lebensqualität im Stadtteil“ war die Einrichtung eines Naturerfahrungsraumes. Dieses Projekt wurde vom Stadtrat beschlossen. Ein 2003 im Auftrag des Baureferats HA Gartenbau erstelltes Gutachten fand im Stadtgebiet fünfzehn dafür potenziell geeignete Flächen (Mindestgröße ein Hektar, wohnungsnah, lärmarm, barrierefrei, kein ge-




QUELLE © SCHEMEL


schütztes Biotop). Nachdem sieben dieser Standorte näher geprüft worden waren, wurde der im Stadtteil Lerchenau gelegene Standort ausgewählt. Im Jahr 2009 ist dort an der Eberwurzstraße/Dahlienstraße ein ca. 1,5 Hektar großer Naturerfahrungsraum eingeweiht worden. Er besteht aus einem großen „Naturspielberg“ mit Pfaden durch urwaldartigen Bewuchs und aus ebenen artenreichen Arealen. Für die Obstbäume haben Bewohner aus der Umgebung die Patenschaft übernommen.

Seitdem ist leider kein weiterer Naturerfahrungsraum ausgewiesen worden, obwohl diese Möglichkeit in allen Stadtteilen bestehen würde. Um die Stadtplaner und die Stadtpolitik auf die Vorzüge von Naturerfahrungsräumen aufmerksam zu machen, hat sich das Aktionsbündnis „Mehr Natur für Münchner Kinder“ zusammengefunden, dem neben dem „Arbeitskreis Naturerfahrungsräume“ (www.naturerfahrungsraum-muenchen.de) folgende


Organisationen angehören: Bund Naturschutz BUND Kreisgruppe München, Gregor Louisoder Umweltstiftung, Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband, Green City München und Arbeitsgemeinschaft Spiel-landschaft Stadt.

Das Bündnis vertritt die Auffassung, dass es in München mehr als nur einen einzigen Naturerfahrungsraum geben sollte. Es liegt im Interesse der Münchner Kinder und der Tier- und Pflanzenwelt Münchens, dass Naturerfahrungsräume in allen Stadtteilen ausgewiesen werden. Trotz der zunehmenden Siedlungsverdichtung gäbe es dafür genügend Gelegenheiten. Wo neue Siedlungsbereiche entstehen, drängen sich solche Gelegenheiten geradezu auf, wurden allerdings bisher nicht ergriffen. So ist zum Beispiel im entstehenden Landschaftspark Freiham diese naheliegende Möglichkeit nicht genutzt worden, obwohl im Rahmen der Bürgerbeteiligung ein entsprechender Vorschlag gemacht wurde.

Inzwischen sind Naturerfahrungsräume keine Seltenheit mehr. Sie sind zum Beispiel in Berlin, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kiel, Stuttgart, Schwerin und auch in kleineren Städten zu finden, manchmal mehrere in derselben Stadt. Die Stadt Berlin, die bisher über vier Naturerfahrungsräume verfügt, hat eine Beratungsstelle eingerichtet mit festangestellten Mitarbeitern, die sich um die bestehenden Naturerfahrungsräume kümmern und für die Planung weiterer Räume dieser Art zuständig sind. Dort wurde zum Beispiel ein kleiner Imagefilm veröffentlicht, der die Idee von Naturerfahrungsräumen sehr schön veranschaulicht: <https://www.stiftung-naturschutz.de/unsere-projekte/naturerfahrungsraeume-ner-beratungsstelle> . Ein vom Bundesamt für Naturschutz herausgegebener Leitfaden hilft den zuständigen städtischen Stellen bei Vorbereitung, Planung, Einrichtung und Betrieb von Naturerfahrungsräumen in Städten. (Molitor et al. 2020)

Im Februar 2018 haben namhafte Organisationen und Experten eine Resolution verabschiedet, in der auf die Bedeutung der Grünflächenkategorie „Naturerfahrungsraum“ für Städte hingewiesen wird und die Kommunen aufgefordert werden, diese Flächenkategorie zu fördern. http://www.naturerfahrungsraum-muenchen.de/pdfs/NER-Resolution_2018.pdf .

Es bleibt zu hoffen, dass die Verantwortlichen der Stadt München nicht den Anschluss an eine Kommunalpolitik verpassen, die sich ernsthaft um die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Stadtbevölkerung mit Naturerfahrungsräumen bemüht.

*Dr. Hans-Joachim Schemel, *1945, hat an der TU München Landschaftsökologie und Stadtplanung studiert. Von 1983 bis 2015 war er als Inhaber des „Büro Dr. Schemel für Umweltforschung und Stadtentwicklung“ (www.umweltbuero-schemel.de ) mit Forschungen und Gutachten für Kommunen, Ministerien und Verbände tätig. Er wirkt im AK Stadt: Gestalt und Lebensraum des Münchner Forums mit.*

Zum Weiterlesen:

Blinkert, B., Höfflin, P., Schmider, A. & Spiegel, J. (2015): Raum für Kinderspiel! Eine Studie im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes über Aktionsräume von Kindern in Ludwigsburg, Offenburg, Pforzheim, Schwäbisch Hall und Sindelfingen, Lit-Verlag.

Ganser, K.: Kinder in der Stadt – Was hat das mit Natur zu tun? In: Schemel, H. J. u. Wilke, T. (2008) a.a.O., S. 45


Hoppe, J. R. (1997): Bedeutung von Naturerfahrungen für die psychologische Entwicklung von Kindern. unveröffentlichtes Manuskript

Knapp, S., Keil, A., Reidl, K., Rink, D. & Schemel, H.-J. (2016): Naturerleben, Naturerfahrung und Umweltbildung in der Stadt. In: Kowarik, I.; Bartz, R. & Brenck, M. (Hrsg.) (2016):

Naturkapital Deutschland – TEEB DE. Ökosystemleistungen in der Stadt. Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Berlin, Leipzig

Molitor, H.; Peters, J.; Martens, D.; Pretzsch, M.; Friede, C.; Heimann, J. & Wilitzki, A. (2020): Naturerfahrungsräume in Großstädten Flächenentwicklung – Kinderspiel – rechtliche Rahmenbedingungen. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). BfN-Skripte 560, Bonn – Bad Godesberg.

Schemel, H.J. (1998): Das Konzept der Flächenkategorie „Naturerfahrungsräume“ und Grundlagen für die planerische Umsetzung. Teil II von „Naturerfahrungsräume“. Angewandte Landschaftsökologie H. 19, Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), S. 207-371

Schemel, H.J. & Wilke, T. (Bearb.) (2008): Kinder und Natur in der Stadt – Spielraum Natur: Ein Handbuch für Kommunalpolitik und Planung sowie Eltern und Agenda-21-Initiativen. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). BfN-Skripten 230: Bonn-Bad Godesberg. 272 Seiten, Digital: <https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript230.pdf> 

Wilke, T. & Winkelbrandt, A. (2008): Das Notwendige mit dem Nützlichen in der Stadt verbinden – Kompensation von Eingriffen durch Naturerfahrungsräume oder Naturerfahrung auf Kompensationsflächen. In: Schemel/Wilke, a.a.O., S. 105-117.

Mister Maxvorstadt zum Achtzigsten

Viele werden schon ahnen, ja wissen, um wen es hier geht. Klar, um Klaus Bäumler, den man zu den Urgesteinen des Münchner Forums zählen könnte, wenn man bei „Urgestein“ nicht sofort das Bild eines verwitterten Monolithen aus fernen Zeiten vor Augen hätte.

Klaus Bäumler hingegen ist alles andere als versteinert und schon gar nicht monolithisch. Er war und ist immer noch das, was man in bildungsbürgerlichen Zeiten als citoyen bezeichnet hätte – gerne im Gegensatz zum bourgeois. Frankophil wie er nun mal auch ist (dies lässt sich von den in seine eMails eingestreuten französischen Wörtern unschwer herleiten) wird er gegen diese Einschätzung nicht protestieren. Es können aber auch italienische sein...

Sei's drum.

Das Münchner Forum kann froh und dankbar sein, dass sich Klaus Bäumler so stark in seinem Rahmen engagiert. Er hat einfach ein enzyklopädisches Wissen zur Stadtplanungsgeschichte Münchens, das ihn viele aktuelle Fragestellungen leicht einordnen lässt.

Und die Maxvorstadt?

Diesem Ur-Stadtbezirk stand Klaus Bäumler dreißig Jahre – von 1978 bis 2008 – als BA-Vorsitzender vor. Man könnte bereits diese Epoche als legendär bezeichnen, weil er es in der Sache häufig schaffte, dem Gremium und seinen Zielen wesentlich mehr Geltung zu verschaffen, als es die Kommunalverfassung vorsah. Er zeigte damit auf, was ein engagierter citoyen auch in einer Millionenstadt bewegen konnte.



Dass es dabei eines langen Atems bedarf, zeigt beispielhaft die Gedenkkultur in der Maxvorstadt. Bäumler und der Bezirksausschuss sorgten durch Infotafeln im Bereich des Königsplatzes dazu, dass die monströse Nazi-Vergangenheit in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden konnte. Und dies Jahrzehnte, bevor „die Stadt“ nachzog.

Es ist daher nur gut, dass er seit Beginn Mitglied im Politischen Beirat des NS-Dokumentationszentrums ist.

Ein weiteres großes Thema ist für Klaus Bäumler das Grün in der Stadt. Er kann gebremst allergisch werden, wenn Naturflächen in der Stadt leichtfertig als Bauland in die Diskussion eingeführt werden. Hier sollen Stichworte genügen: Erhalt des Finanzgartens, Maxwerk, Golfplatz Thalkirchen ... Hierzu finden sich im STANDPUNKTE-Archiv vertiefende Beiträge.

Allergisch reagiert Klaus Bäumler auch auf Begehrlichkeiten mächtiger Investoren, die glauben, der Stadt ihr Gesicht aufdrücken zu müssen, wie bei der Alten Akademie mit ihren Arkaden. Hier ist er eine der Speerspitzen des Münchner Forums – beharrlich, gut informiert und in der Sache überzeugend.

Ja, Klaus Bäumler ist Jurist, war sogar Richter – am Münchner Verwaltungsgericht und später am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, dem obersten bayerischen Gericht für Verwaltungsangelegenheiten. Angenehmerweise lässt er dies nicht „heraushängen“, nutzt aber seine Expertise, um z. B. die Stadt an Verträge und Bescheide zu erinnern, die vor über 120 Jahren entstanden sind, aber trotzdem noch Gültigkeit haben. Sakradi, a Hund is er scho, werden sich da manche Stadträte und Beamte denken, denen ein bisschen mehr Unkenntnis auf der bürgerschaftlichen Seite gar nicht unrecht wäre.

Diesen Gefallen wird Klaus Bäumler ihnen nicht machen.

AD MULTOS ANNOS !

Georg Kronawitter

Bürgerschaftliches Expertenwissen im Interesse der Umwelt nutzbar machen:

Die Institution des Naturschutzbeirats

in seiner 10. Amtsperiode vom 1.09.2019 bis 31.08.2024

KLAUS BÄUMLER

In unserem Format „Handlungswissen für Bürgerinnen und Bürger. Teil 4“ befassten wir uns in der Ausgabe August 2013 auf den Seiten 5/6 mit der Institution des Naturschutzbeirats. Nach acht Jahren erscheint es angezeigt, sich mit diesem wichtigen Gremium erneut zu befassen. Denn die Naturschutzbeiräte sind bürgerschaftlich strukturierte Expertengremien, denen eine wichtige Funktion beim administrativen Vollzug der Umweltgesetze zukommen soll.

Alle Verwaltungsbehörden, die für den Vollzug des Bayerischen Naturschutzgesetzes zuständig sind, sind kraft Gesetzes verpflichtet, Naturschutzbeiräte zu errichten. So auf der Ebene der Landeshauptstadt München bei der Unteren Naturschutzbehörde im Planungsreferat, auf der Ebene des Landratsamts München für das Gebiet des Landkreises München, bei der Regierung von Oberbayern durch die Obere Naturschutzbehörde für den Regierungsbezirk Oberbayern und auf Landesebene bei der Obersten Naturschutzbehörde im Bayerischen Umweltministerium. Wie sich die Naturschutzbeiräte auf den verschiedenen Ebenen personell zusammensetzen, das Berufungsverfahren und die diversen Aufgaben, ergibt sich aus dem Bayerischen Naturschutzgesetz selbst. In vielen wichtigen Fragen haben die Naturschutzbehörden den jeweiligen bei ihnen eingerichteten Beirat zu befassen und anzuhören. Entscheidungsrechte sind den Beiräten jedoch nicht übertragen. Soweit es jedoch zu keinem Konsens zwischen Naturschutzbehörde und „ihrem“ Beirat kommt, ist der jeweilige Fragenkomplex der nächst höheren Naturschutzbehörde vorzulegen. So ist im Falle der Landeshauptstadt München die Entscheidung der Oberen Naturschutzbehörde bei der Regierung von Oberbayern einzuholen.

Naturschutzbeirat beim Bayerischen Umweltministerium: Vorbildliche Transparenz

Vielfach hat es den Anschein, dass die jeweilige Verwaltungsbehörde den Naturschutzbeirat lediglich als verwaltungsinternes Gremium betrachtet, dem nicht im Ansatz Außenwirkung zukommt. So ist bemerkenswert, dass im Internet-Auftritt des Bayerischen Umweltministeriums, also der Obersten Naturschutzbehörde, die wünschenswerte und auch notwendige Transparenz des dort angesiedelten Naturschutzbeirats in vorbildlicher Weise gewährleistet ist. Aufgaben, Funktion und auch personelle Zu-

sammensetzung können dort für jeden interessierten Bürger recherchiert werden.

Diese vorbildliche Praxis, die schon im Jahr 2013 bemerkenswert war, hat das bayerische Umweltministerium auch in der 10. Amtsperiode des Naturschutzbeirats 2019-2024 beibehalten.

Naturschutzbeirat bei der Regierung von Oberbayern

In unserem Beitrag stellten wir im Jahr 2013 fest: „Wer sich auf der Internetseite der Regierung von Oberbayern über den für den Regierungsbezirk zuständigen Naturschutzbeirat informieren will, tut sich schwer.“

Selbst wenn man in die Suchfunktion den Begriff „Naturschutzbeirat“ eingibt, bleibt die Suche erfolglos. Die notwendige Information bleibt dem interessierten Bürger vorenthalten. Bei dem hohen Stellenwert des Naturschutzbeirats sind die Gründe, die zu einer derartigen „Enthaltensamkeit“ führen, schlechthin nicht nachzuvollziehen. Es müsste gerade auch im Interesse der Regierung von Oberbayern liegen, dass die Institution des Naturschutzbeirats ins öffentliche Bewusstsein kommt. Auch das sehr beliebige Argument des Datenschutzes kann hier nicht greifen. Denn das Bayerische Umweltministerium zeigt gerade die wünschenswerte Transparenz und Offenheit und belegt, dass die Persönlichkeit, die als Mitglied in einen Naturschutzbeirat berufen ist, sich nicht mit schutzwürdigen Argumenten auf die „Geheimhaltung“ ihres Namens berufen kann. Im Gegenteil: Mit der Publizität und Transparenz der Naturschutzbeiräte und ihrer personellen Zusammensetzung wird die Bedeutung des übertragenen Ehrenamts gesteigert. Und: Den in das Gremium berufenen Bürger-Experten sollte es auch Anliegen sein, dass Außenkontakte möglich und sie für interessierte Bürger und deren Anliegen erreichbar sind. Denn sie üben ihr Ehrenamt nicht nur im Auftrag der

jeweiligen Naturschutzbehörde aus, sondern sie sind quasi nach dem Willen des Gesetzgebers durch ihr Expertenwissen ausgewiesene Repräsentanten der interessierten Bürgerschaft.“

Unsere Recherchen im Jahr 2021 ergeben folgendes Bild:

Auf der Internetseite der Regierung von Oberbayern bleibt auch 2021 die Suche nach der Zusammensetzung des Naturschutzbeirats erfolglos. Aber immerhin: Im Amtsblatt der Regierung von Oberbayern Nr. 23/2019, S. 203, werden für die Amtsperiode 2019 bis 2024 die Mitglieder des Naturschutzbeirats und ihre Vertreter bekanntgemacht:

<i>Mitglieder</i>	<i>Vertreter</i>
Prof. Dr. Jörg Ewald	Hubert Krenzler
Elisabeth Wölfl	Christian Niederbichler
Thomas Schreder	Dr. Sebastian Hanfland
Dr. Christine Margraf	Beate Rutkowski
Dr. Kurt Seifer	Dr. Sabine Rösler
Franz Sedlmeier	Martin Wunderlich
Burkhard Quinger	Prof. Dr. Matthias Drösler
Ulrich Berkmann	Steffen Reich
Markus Bräu	Alfred Ringler

Naturschutzbeirat bei der Landeshauptstadt München

Unter dem Aufmacher „Bürgerschaft muss selbst aktiv werden“ stellten wir im Jahr 2013 fest: „Eine Recherche im Internet zeigt die äußerst unterschiedliche Praxis der Bezirksregierungen, der Landratsämter sowie der kreisfreien Städte im Umgang mit den Naturschutzbeiräten“.

Wer im Juni 2021 die aktuelle Besetzung des Naturschutzbeirats der Landeshauptstadt München recherchieren will, hat es nicht leicht. Weder im Ratsinformationssystem RIS noch auf der Internetseite ‚München Portal‘ finden sich die gesuchten Informationen für die Amtsperiode des Naturschutzbeirats 2019 bis 2024.

Im RIS konnte nur der einschlägige in *öffentlicher Sitzung* gefasste Beschluss des Planungsausschusses ausgemacht werden, durch den die Besetzung des Naturschutzbeirats für die Amtsperiode 2014 bis 2019 erfolgt ist.

Die Recherche auf den Internet-Seiten der Stadt München nach dem einschlägigen Beschluss des Planungsausschusses für die Amtszeit 2019 bis 2024 bleibt im Juni 2021 vergeblich. Auf Nachfrage teilte das Planungsreferat mit:

„Die Neubildung des Naturschutzbeirates der Landeshauptstadt München für die Amtszeit 01.09.2019-31.08.2024 erfolgte durch *Beschluss vom 03.07.2019* (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 15158) in *nicht-öffentlicher Sitzung* gem. § 46 Abs. 3 Ziff. 2

Geschäftsordnung des Stadtrats. Bei der Berufung des Naturschutzbeirates handelt es sich nicht um eine öffentliche Wahl, bei der die Namen der Kandidat*innen öffentlich bekannt gegeben werden. Aufgrund personenbezogener Daten in den Vorschlagslisten besteht, insbesondere im Hinblick auf die Einführung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), ein berechtigtes Geheimhaltungsinteresse.

Aktuell ist der Naturschutzbeirat wie folgt besetzt:
Fachgebiet Artenschutz, Tierökologie, Gewässerkunde, Fische:

- Mitglied: Irene Wagensonner
- Stellvertreter: Erhard Bolender

Fachgebiet Landschaftsplanung:

- Mitglied: Ruth Birnstiel-Plagge
- Stellvertreter: Werner Gruber

Fachgebiet Landschaftsökologie:

- Mitglied: Prof. Dr. Christoph Moning
- Stellvertreter: Prof. Dr. Markus Reinke

Fachgebiet Vegetationskunde:

- Mitglied: Ulrich Schwab
- Stellvertreter: Dr. Harald Förther

Fachgebiet: Waldökologie, Umweltbildung:

- Mitglied: Dr. Rudolf Nützel
- Stellvertreter: Alexander Rumpel“.

Ergänzend wurde uns am 21.06.2021 mitgeteilt, dass eine amtliche Bekanntmachung der Besetzung des Naturschutzbeirats für die Amtsperiode 2019 bis 2024 nicht vorgesehen ist.

Die aktuelle Recherche des Münchner Forums werde aber zum Anlass genommen, „den Naturschutzbeirat auf der Internetseite der Landeshauptstadt München entsprechend zu veröffentlichen“.

Klaus Bäumler ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Stärkung der Mitwirkung der Naturschutzbeiräte in umweltbezogenen Entscheidungsverfahren

Eine aktuelle rechtspolitische Forderung

Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen (BDVR) hat 2021 mehrere rechtspolitische Forderungen erhoben. Von besonderer Relevanz für das Umweltrecht ist die Forderung des BDVR, die Beteiligung von Fachbeiräten in umweltbezogenen Entscheidungsverfahren zu stärken. Damit soll externer Sachverstand und externes Fachwissen stärker als bisher formell in die Entscheidungsfindung im Rahmen von Verwaltungsverfahren eingebunden werden. Kritisch sieht der BDVR die bisherige Funktion der Naturschutzbeiräte: „Bislang haben die Beiräte, wie z.B. die bestehenden, ehrenamtlich tätigen Naturschutzbeiräte in den Bundesländern, in der Regel nur die Aufgabe, die Behörde allgemein zu beraten und für die betroffenen Belange in der Öffentlichkeit einzutreten. Diese eingeschränkte Aufgabenzuweisung schöpft aber das Integrationspotential der Arbeit von Fachbeiräten nur unzureichend aus“. Die Arbeit von Fachbeiräten soll im Umweltrecht dazu beitragen, dass Umweltbelange ausgewogen wahrgenommen werden. Daher ist es nach Auffassung des BDVR notwendig, dass die Besetzung der Fachbeiräte repräsentativ und streng fachkundlich erfolgt, ihr Aufgabenkreis erweitert und ihre Arbeit professionalisiert wird.

Klaus Bäumler

Beteiligung von Fachbeiräten an umweltbezogenen Entscheidungsverfahren stärken

Auszug aus dem rechtspolitischen Forderungskatalog des BDVR 2021

Im Umweltrecht werden nach wie vor und immer wieder behördliche Defizite beim Vollzug der Umweltbelange beklagt. So ergeben sich z.B. größere Unsicherheiten bei der fachlichen Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände. Die Anwendung des Gesetzes kann tatsächliche naturschutzfachliche Feststellungen verlangen, zu denen weder eine untergesetzliche Normierung erfolgt ist noch in Fachkreisen und Wissenschaft allgemein anerkannte Maßstäbe und Methoden existieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber deshalb in grundrechtsrelevanten Bereichen aufgegeben, für eine zumindest untergesetzliche Maßstabsbildung beispielsweise durch die Einsetzung fachkundiger Gremien zur Festlegung einheitlicher Maßstäbe und Methoden zu sorgen. Für die verwaltungsgerichtliche Kontrolle ergibt sich das Problem, dass von der Behörde eingeholte sachverständige Gutachten gegenüberstehen, die von den Umweltvereinigungen oder von Privaten beauftragt worden sind. Nicht selten wird darüber gestritten, ob von dem Gericht ein Obergutachten einzuholen ist.

Die Arbeit von Fachbeiräten soll im Umweltrecht dazu beitragen, dass Umweltbelange ausgewogen wahrgenommen werden. Hierfür ist es aber erforderlich, dass ihre Besetzung repräsentativ und streng fachkundlich erfolgt, ihr Aufgabenkreis erweitert und ihre Arbeit professionalisiert wird.

Bislang haben die Beiräte, wie z.B. die bestehenden, ehrenamtlich tätigen Naturschutzbeiräte in den Bundesländern, in der Regel nur die Aufgabe, die Behörde allgemein zu beraten und für die betroffenen Belange in der Öffentlichkeit einzutreten. Diese eingeschränkte Aufgabenzuweisung schöpft aber das Integrationspotential der Arbeit von Fachbeiräten nur unzureichend aus.

Der BDVR schlägt deshalb vor, dass im Umweltrecht Fachbeiräte obligatorisch mit der fachlichen Begutachtung von für die Entscheidung der Behörden maßgeblichen, schwierigen Tatsachenfragen betraut werden und die fachkundigen Beiratsmitglieder für diese Tätigkeit eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. Die Erstellung von Fachgutachten durch die Beiräte bietet dabei die Möglichkeit, bereits in einem frühen Verfahrensstadium unterschiedliche Sichtweisen transparent zu machen und in einem fachlichen Diskurs abzugleichen. Auf dieser breiten, fachlich abgestimmten Grundlage können dann die zuständigen Behörden ihre eigenverantwortliche Entscheidung über die betroffenen Umweltbelange besser treffen. Dies kann auch die Einholung weiterer Gutachten in einem sich anschließenden verwaltungsgerichtlichen Verfahren entbehrlich machen.

Uhrmacherhäusl in Giesing: **Etappensieg der Lokalbaukommission auf dem Weg zum Wiederaufbau**

Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 15.07.2019 wegen ernsthafter Zweifel an der Richtigkeit zugelassen

KLAUS BÄUMLER

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit Beschluss vom 17.05.2021 (Az. 2 ZB 19.1801) die Berufung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil München vom 15.07.2019 (Az. M 8 K 18.1841) zugelassen, da ernstliche Zweifel an der Richtigkeit dieses Urteils bestehen (§ 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO).

Im September 2017 wurde das Uhrmacherhäusl in Giesing im Bereich der Feldmüllersiedlung ohne Genehmigung nahezu vollständig abgebrochen. Die Stadt München hatte dem Eigentümer gegenüber eine Anordnung zum Wiederaufbau erlassen. Die Lokalbaukommission (LBK) stützte sich auf Gründe des Denkmalschutzes. Bei dem Uhrmacherhäusl habe es sich um ein Einzeldenkmal gehandelt, dessen Beseitigung das denkmalschutzrechtliche Ensemble Feldmüllersiedlung beeinträchtigt habe. Der Eigentümer (Kläger) bestritt seine Verantwortlichkeit. Der Bauunternehmer habe eigenmächtig gehandelt.

Mit Urteil vom 15.07.2019 hatte die 8. Kammer des Verwaltungsgerichts (VG) München diese Anordnung aus formalen Gründen aufgehoben. Aus der Pressemitteilung des VG München vom 16.07.2019: *„Das Gericht hat der Klage des Eigentümers gegen diese konkrete Anordnung aufgehoben. Ob der Wiederaufbau des Uhrmacherhäusls aus denkmalschutzrechtlichen Gründen gefordert werden kann, musste das Gericht ebenso wenig klären wie die Frage, ob der Eigentümer den Abriss zu verantworten hat.“*

Das VG München vertrat die Auffassung, dass sich die LBK nicht damit auseinandergesetzt hat, ob auch der Bauunternehmer zum Wiederaufbau hätte verpflichtet werden können. Die Anordnung sei daher ermessensfehlerhaft und somit rechtswidrig. Nachträglich und insbesondere im gerichtlichen Verfahren könnten derartige Erwägungen nicht angestellt werden. Die Aufhebung der angefochtenen Anordnung stehe einer neuen Anordnung nicht entgegen.

Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Berufung zugelassen hat, kann die Stadt München nun innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Beschlusses vom 17.05.2021 ihre Berufung begründen.

Ausgehend von der Pressemitteilung des VG München vom 16.07.2019 hatte die 8. Kammer den Bescheid der LBK ausschließlich aus formellen Gründen aufgehoben, ohne die materielle Rechtmäßigkeit des Wiederaufbauverlangens zu prüfen.

Dementsprechend wird der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) im Rahmen des Berufungsverfahrens die Rechtmäßigkeit des Wiederaufbauverlangens zu prüfen haben.

Andererseits besteht auch die Möglichkeit der Zurückverweisung an das Verwaltungsgericht, das dann die von ihm unterlassene materielle Prüfung nachzuholen hat.

Die Möglichkeit der Zurückverweisung ist in § 130 VwGO davon abhängig gemacht, dass das VG „in der Sache selbst noch nicht entschieden hat“ (§ 130 Abs. 2 Nr. 2 VwGO) und „ein Beteiligter die Zurückverweisung beantragt“.

Es bleibt abzuwarten, ob die LBK oder der Kläger diesen Antrag auf Zurückverweisung stellt.

Für einen Antrag der LBK auf Zurückverweisung an das VG spricht, dass damit die materiellen Voraussetzungen der Rechtmäßigkeit der Wiederherstellungsanordnung zunächst vom VG München als erster Tatsacheninstanz zu überprüfen ist.

Würde diese Überprüfung ausschließlich im Berufungsverfahren erfolgen, wird die Kernfrage ausschließlich in **einer** (!) Tatsacheninstanz geprüft. Angesichts der besonderen Bedeutung der Streit-sache sollte von der Möglichkeit, die materielle Rechtsfrage in **zwei** (!) Instanzenzügen überprüfen zu lassen, Gebrauch gemacht werden.

Klaus Bäuml ist 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums, dort Leiter des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ und Richter (rtd.) am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Corona und die Städte

Vorstellung des Buches von Ingrid Krau: Corona und die Städte. Suche nach einer neuen Normalität, oekom-Verlag München 2021, 120 Seiten

Die Autorin Ingrid Krau, bis 2007 Inhaberin des Lehrstuhls für Städtebau und Stadtentwicklung an der Architektur fakultät der TU München, hat in den Sommer- und Herbstmonaten des Lockdowns im vergangenen Jahr 2020 sich Zeit genommen, um über ihren beruflich-wissenschaftlichen Gegenstand, die Stadtentwicklung nachzudenken, auf die das Corona-Virus, oder besser: die Corona-Maßnahmen erheblichen Einfluss genommen haben. Herausgekommen ist eine Schrift, die trotz oder gerade wegen ihrer Kompaktheit das Thema „Corona und die Stadt“ in einer breiten Fülle von empirischen Belegen, Gedanken, Anmerkungen, Assoziationen, Aperçus aufgreift – ein umfangreicher Essay, subjektiv geprägt und faktenreich unterlegt: „Im Zentrum meiner Überlegungen stehen dabei die wachsenden und sich nachverdichtenden Städte, die sich ihrer früheren Planungsmaxime „Licht, Luft und Sonne“ in erstaunlichem Maß entledigt haben“ (S. 11), und dies trotz der bedeutsamer gewordenen Klimaanforderungen, wie die Verfasserin feststellt.

Der zweite Abschnitt geht zunächst auf die „Pandemien des Menschenzeitalters“ ein und streift in großen Linien die Geschichte der urbanen Seuchen. Die Autorin stellt fest, dass früher wie heute die Seuchen auf ähnliche Bedingungen gestoßen sind, auf „Schwachstellen“: „Einen großen Anteil haben auch heute mangelnde Bildung in der Breite, Arbeitslosigkeit und schwindendes Zukunftsvertrauen. Die Lagen ähneln sich.“ (S. 19) Das führt sie zu einer Reihe von Fragen über das zukünftige Zusammenleben in den Städten, die auch als Leitfragen für die dann folgenden Abschnitte gelesen werden können: „Sind wir noch auf dem richtigen Weg mit unserer ambivalenten Konfliktaustragung, bei der nun jede Gruppierung ihre separaten Interessen in den Ring wirft? Sind wir noch auf dem richtigen Weg mit unseren, ja erst im historisch knappen Zeitraum nach 1990 entwickelten Verdichtungs- und Nachverdichtungsstrategien? Wird die weitere Zunahme an Einwohnern und die weitere Verdichtung in unseren Millionenstädten innerhalb der praktizierten Ordnungen der „Europäischen Stadt“ zu einem Menetekel, da wir keinen Konsens finden, die Übertragung von Erregern von Mensch zu Mensch drastisch und durch-

greifend zu stoppen?“ (S. 29). Das „Leben in dicht bebauten Metropolen“ (Abschnitt 3) sieht sie in der Diskrepanz zwischen einem von Finanzmarkt und Rendite getriebenen Wachstum mit weiterer Verdichtung der (weltweit) großen Verdichtungsräume und dem nun hinzugekommenen Aspekt des „corona-bedingten städtebaulichen Abstandhaltens“ (S. 42). Ob ein demokratischer Konsens über ein resilientes verträgliches Zusammenleben für die Großstädte zustande kommen kann, sieht die Autorin daran geknüpft, wenn es gelänge, „dazu die Inbesitznahme des Grund und Bodens aus dem Zugriff der internationalen Finanz- und Immobilienwirtschaft zurückzuholen und in die Verfügungsmacht der Kommunen zurückzugeben“ (S. 44). In den Abschnitten „Urbanität als Lebensform“, „Flugrouten, Seidenstraßen und Lieferketten“ und „Welt im Ungleichgewicht“, dem Kern des Essays, resümiert die Verfasserin Befunde und stellt weiterführende Überlegungen darüber an, welche Konsequenzen daraus resultieren, dass nun ein Virus auf die etablierten Formen des urbanen Zusammenlebens und globalisierten Wirtschaftens trifft und daraus womöglich neue Regimes des sozialen Lebens und der Ökonomie entstehen können: „War es bisher passend, angesichts der übergreifenden totalen Vernetzung der Kontinente und Regionen vom Ende des geographischen Raums zu sprechen, so zeigt sich nun unter den Coronabedingungen ein neuer Zusammenhang: Lokale Lockdowns und weitreichende Verhaltensempfehlungen, Abstand zu halten, Maske zu tragen, im Homeoffice zu arbeiten, viel zu Hause zu bleiben und auf den physischen Besuch von Veranstaltungen zu verzichten, erschaffen einen neuen hybriden Raum, der sich aus *restriktiver Lokalität und entgrenzter Virtualität zusammensetzt*“



(S. 69/70; Hervorh. im Text). In diesem Spannungsfeld, das auch als ein Wesensmerkmal der „neuen Normalität“ im Sinne der Autorin verstanden werden könnte, diskutiert sie die „Welt im Ungleichgewicht“ – eigentlich keine neue Erkenntnis, wenn nicht mit „Corona“ bzw. den Corona-Maßnahmen neue Bedingungen entstanden sind bzw. entstehen werden, die eine Modifikation der ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklung erwarten lassen.


Die Autorin schließt diesen Teil ihres Essays mit der Feststellung: „Diese pandemische Seuche wird unsere Lehrmeisterin sein, an der wir die vernachlässigten Kosten der Globalisierung, die Grenzen der großen ökonomischen Freiheit, unsere Schwächen und unvollkommenen Lösungsversuche, aber auch unsere Möglichkeiten studieren können“ (S. 91), und fügt mit einer Nachbetrachtung Informationen über die räumlichen Ausbreitungsmuster der Virusepidemie in Deutschland sowie über baulich-architektoni-


sche Formen an, die ab den 1960er Jahren insbesondere in den südeuropäischen Ländern mit dem Ziel der Herstellung hoher baulicher Dichten entstanden sind und sich nun den Abstands-Bedingungen der Virusinfektion gegenübersehen.

„Corona und die Städte“ ist ein lesenswertes Essay über die urbanen Auswirkungen der Corona-Krise. Es bietet eine Fülle von Gedanken, teils systematisch entwickelt, teils assoziativ, die es weiteren Untersuchungen über die räumlichen Wirkungen der Pandemie erleichtern, die vielfältigen und teils widersprüchlichen Ereignisse zu sortieren und zu bewerten. Wie die „neue Normalität“ aussehen wird, von deren Suche auch die vorgelegte Schrift berichtet, bleibt abzuwarten.


Dr. Detlev Sträter, Dipl.-Soziologe und Stadt und Regionalplaner (lic.rer.reg.), ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.

Veranstaltungshinweis

Unsere beliebte Stadtpaziergangsreihe durch München geht weiter. Das ausführliche Programm mit den jeweiligen Anmeldefristen finden Sie auf unserem Flyer: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2021/06/Spaziergaenge_2021.pdf 


Interessierte können per Voranmeldung (Name, Vorname und Telefonnummer an veranstaltung@muenchner-forum.de ) die Stadt aus einer neuen Perspektive kostenfrei kennenlernen.

Es gelten jeweils die tagesaktuellen coronaspezifischen Regelungen sowie unser Hygienekonzept.

Dieses und weitere Hinweise finden Sie auf unserer Internetseite: <https://muenchner-forum.de/2021/stadtpaziergaenge-juni-bis-oktober-2021/> 



Arbeitskreise im Juli

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen. Eine E-Mail an info@muenchner-forum.de  genügt.

Arbeitskreis ‚Nachhaltige Quartiere‘

Leitung: Patric Meier, Cornelia Jacobsen
nächstes Treffen: Fr. 30. Juli 2021, 18:00 Uhr
zusammen mit

Arbeitskreis ‚Wer beherrscht die Stadt?‘

Leitung: Bernadette Felsch
nächstes Treffen: Fr. 30. Juli 2021, 18:00 Uhr
per Videokonferenz

Arbeitskreis ‚Schienenverkehr‘

Leitung: Dr. Wolfgang Beyer, Prof. Dr. Wolfgang Hesse
nächstes Treffen: Do. 8. Juli 2021, 18:00 Uhr, per Videokonferenz

Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier, Matthias Hintzen
nächstes Treffen: Do. 29. Juli, 18:30 Uhr, per Videokonferenz

Forum aktuell auf LORA 92,4 UKW



Montag, den 12. Juli 2021, 19:00 bis 20:00 Uhr

Bürgerschaftliche Impulse in München – der Westendkiez Interview mit Sylvia Hladky

Sylvia Hladky ist inzwischen stadtweit als aktive Persönlichkeit im bürgerschaftlichen Engagement bekannt. Als aktive Triebfeder der Zivilgesellschaft in München führt sie mit Projekten, wie aktuell dem Westendkiez, die Realisierbarkeit innovativer, alternativer und grundlegender Konzepte der nachhaltigen Stadtplanung vor Augen. Zusammen mit ihrem Team liefert sie damit wertvolle Impulse für die Zukunftsgestaltung der Stadt München. Sie zeigt, dass aktive und co-kreative Stadtgestaltung möglich sind und welche Herausforderungen die praktische Umsetzung so manches Mal zu bieten hat.

In seinem aktuellen Interview unterhält sich Gero Suhner mit der ehemaligen Leiterin des Verkehrszentrums und früheren Kuratorin des Deutschen Museums über ihr aktuelles Projekt Westendkiez, ihre Motivation und ihre weiteren Ideen für ein lebenswertes München der Zukunft.

<http://muenchner-forum.de/im-radio/>

Weitere Sendungen finden Sie zum Nachhören auf <http://muenchner-forum.de/im-radio/>

**Möchten Sie etwas zu unseren STANDPUNKTEN beitragen?
Oder haben Sie einen Themenvorschlag? Wir würden uns freuen!
Dies sind unsere geplanten Schwerpunktthemen der kommenden Ausgaben:**

8./9.2021 Lebenslagen gerechtes Wohnen
10./11.2021 Corona Urbanism
12.2021/01.2022 Mobilitätswende / Individualverkehr
XXX.2022 Wasser in München

IMPRESSUM

STANDPUNKTE

ISSN 1861-3004

Münchner Forum – Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München

fon 089/282076, fax 089/2805532

email: info@muenchner-forum.de

www.muenchner-forum.de

www.facebook.com/muenchnerforum

Vi.S.d.P.: Dr. Detlev Sträter

Redaktion: Klaus Bäuml, Caroline Klotz, Dr. Georg Kronawitter, Dr. Michaela Schier, Dr. Detlev Sträter

Layout: Caroline Klotz

Endredaktion: Dr. Detlev Sträter

Redaktionsschluss: 16.5.2021

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Auch können Sie gerne auf Ihrer Homepage Links auf STANDPUNKTE-Ausgaben setzen. Dabei sind technisch auch einzelne Seiten adressierbar, indem Sie an die Endung .pdf direkt folgendes Anhängen: #page=XX (Seitenzahl).

Ob und in welcher Form in den Beiträgen eine gendergerechte Sprache verwendet wird, überlassen wir der Gestaltungsfreiheit der Autorinnen und Autoren.

Sollten Sie unsere STANDPUNKTE jemandem zukommen lassen oder nicht mehr erhalten wollen, genügt eine E-Mail an:

info@muenchner-forum.de